

**Resultate**

# **Imperialismus 1**

Ableitung

GegenStandpunkt Verlag

© Resultate Verlag 1979

© GegenStandpunkt Verlag 2012

[www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)

## § 1

### **Die Überwindung der Schranken nationaler Akkumulation durch die Wendung der Staatsgewalt nach außen**

Durch die ordnenden und die Funktion der verschiedenen Klassen gewährleistenden Maßnahmen des bürgerlichen Staates wird die gesamte Gesellschaft zum Mittel für die Akkumulation des Kapitals. Die faux frais der politischen Herrschaft lohnen sich für diese Produktionsweise im Unterschied zu früheren, weil die Zurichtung der Bürger die Schranken ihrer Brauchbarkeit für das Privateigentum beseitigt. Doch weist gerade die sozial- und wirtschaftspolitisch bewerkstelligte Akkumulation des Kapitals, ihr durch die Wechselfälle der Konjunktur gesichertes Gelingen auf die Grenze hin, die dem Wachstum des nationalen Reichtums mit seiner staatlichen Organisation gezogen sind: das politische Subjekt der Ökonomie kann letzterer nur in dem Maße dienstbar sein, wie sein Gewaltmonopol reicht. Der Einsatz der staatlichen Gewalt auch *außerhalb des Territoriums ihrer Herrschaft* ist unerlässlich, sollen die Mittel der Akkumulation nicht auf die natürlichen Reichtümer des eigenen Herrschaftsgebietes reduziert bleiben. Fremde Herrschaftsgebiete mit den in ihnen hervorgebrachten Reichtümern werden als Quellen der nationalen Bereicherung behandelt, indem der bürgerliche Souverän den anderen Staat *anerkennt*, ein Rechtsverhältnis mit ihm eingeht, um durch den Austausch von Produkten über die Staatsgrenzen hinweg die Stufenleiter der Akkumulation zu erweitern.

**a) Staaten als Agenten der Weltmarkts – Völkerrecht**

*Imperialistisch* ist der Staat, der als politisches Subjekt der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise fungiert, darin, daß er sämtliche Länder der Erde als Praxisfeld seiner Bürger betrachtet. Um *ihr* Geschäft aus den Schranken zu lösen, die mit den zufälligen Naturbedingungen seines Herrschaftsbereiches gegeben sind, betätigt sich die Staatsgewalt als Agent des *Weltmarkts*: die Produkte aller fremden Klimate und Länder in die Zirkulation und damit Produktion *seines* Kapitals einzubeziehen ist sein Anliegen, bei dem er auf auswärtige Souveräne trifft. Deren Gewalt ist das Hindernis für die nationale Bereicherung, die der imperialistische Staat mit dem unter ihrem Schutz produzierten und verwalteten Reichtum bewerkstelligen will. An der schieren Existenz anderer Gewalten, die sich für ihren Bereich als höchste behaupten, gewahrt der Staat, daß seine *Allmacht* eine *relative* ist. Als Souverän muß er seine Macht an seinesgleichen messen. Die Elementarform der *Außenpolitik* daher die Anerkennung der fremden Macht, durch welche die Inanspruchnahme von deren Willen zugesichert wird, um Land und Leute zu exploitieren. Bereits aus dieser abstrakten Bestimmung des Imperialismus geht hervor, was internationale Verträge von denen im Innern eines Staates unterscheidet: sämtliche Abschlüsse zwischen Bürgern verschiedener Staaten kommen durch eine Einigung zwischen den Staatsagenten zustande, welche die Bedingungen des Kontrahierens festlegen; dabei wird der Schutz von Person und Eigentum für beide Seiten jeweils durch *ihren* Souverän vollzogen, und der Streitfall ist ein Konflikt *zwischen Nationen*, die sich selber mit ihrer Gewalt die letzte Berufungsinstanz sind. Das *Völkerrecht* gilt deshalb auch nicht, sondern wird beachtet oder auch nicht – und es entfaltet als moralisches Geschütz seine matte Bedeutung.

**b) Abhängigkeit und Erpressung:****der allgemeine Charakter der Weltpolitik**

Fest steht auch hier schon, daß die Ausgestaltung des Anerkennungsverhältnisses von den ökonomischen Voraussetzungen bestimmt wird, mit denen die kontrahierenden Nationen antreten. Jeder Unterschied im Entwicklungsstand der nationalen Industrie und Landwirtschaft sowie deren

natürlichen Bedingungen führt zur Herstellung von *Abhängigkeiten*, von der *Erpressung* zum Zugeständnis. Einmal im internationalen Geschäft, d.h. nachdem ein Staat die Grenzen für ausländische Wirtschaftssubjekte geöffnet hat und umgekehrt, sind die *diplomatischen Institutionen* nicht nur Beratungsagenturen zwischen den Staaten, die die Modalitäten der Geschäfte vereinbaren, auf die man sich künftig nicht mehr bzw. zusätzlich einlassen will. Sie werden bei eingetretenen oder zu erwartenden Nachteilen auch Beschwerdeinstanzen bezüglich der Konditionen, die sich wechselseitig und Dritten gegenüber eingeräumt werden. Mit dem Hin und Her von Versprechen und Drohung fixieren sie den aktuellen Stand des *Vertrauens* zwischen den Nationen. Das Manövrieren mit mehreren Partnern, ihr Auspielen gegeneinander sowie Bündnisse aller Art, in welchen das Gegeneinander der Abhängigkeit auf erweiterter Stufenleiter reproduziert wird, bilden den Inhalt der *Weltpolitik*, an welcher selbstverständlich nur Befugte teilhaben. Die Beteiligung der anderen besteht im Arbeiten und im Wählen kundiger Außenpolitiker.

### **c) Die Leistung des Kolonialismus: die Aufteilung der Welt und ihr modernes Resultat. Konzessionierte Herrschaft**

Wenn die Anerkennung anderer Nationen das Verfahren kapitalistischer Staaten darstellt, sich nach außen als politisches Subjekt der Ökonomie zu bewähren, so setzt dies die Unterwerfung der Welt, die *Aufteilung* des Territoriums und der Erdbevölkerung unter Sphären politischer Herrschaft voraus. Die vorbürglichen Staaten Europas haben in ihrer Konkurrenz um Schätze der Natur die Verwandlung aller Gemeinwesen und Territorien in *Staaten* durchgesetzt, wobei allerdings ganz unterschiedliche Herrschaftsformen entstehen mußten. Die Periode der unmittelbaren Inbesitznahme herrenlosen Landes ist ebenso Geschichte wie die gewaltsame Unterjochung von Gesellschaften, die aufgrund ihrer mangelnden Verteidigungsfähigkeit dem Hoheitsgebiet eines bereits existenten Staates einverleibt und seiner Herrschaft gefügig gemacht werden konnten. Die modernen Verkehrsformen des Imperialismus sind Produkt der *ökonomischen* Emanzipation der bürgerlichen Staatsgewalt von ihrem Verfahren, welches zurecht *ursprüngliche* Akkumulation heißt: d e r Nutzen des Raubs an Reichtü-

mern, den sich das Abendland mit der Entdeckung der Welt leistete, bestand nicht in ihrem Verzehr, sondern in ihrer Verwandlung in Kapital, in ihrem Einsatz als Hebel der *produktiven Ausbeutung*, die, einmal in Funktion (vom Staat durch Steuern und Kredit *gefördert*), die gesamte Natur der Erde und jede Menschenseele in ihren Dienst nimmt, ihrem Urteil der Brauchbarkeit unterwirft. Den Opfern dieses Verfahrens, die als *Kolonien* ganz zum Dienst an fremdem nationalen Reichtum gezwungen wurden (der ihnen nicht einmal in Gestalt der Existenzsicherung ihrer Mitglieder durch Schutz von außen, durch ihre Beherrscher, zugutekam), eröffnete sich die heiße Perspektive der *politischen* Emanzipation: der Nutzen ihrer staatlichen Selbständigkeit als Resultat ihrer kolonialen Befreiung hat nichts mit dem Aufbau einer konkurrenzfähigen Nationalökonomie zu tun. Hier entsteht keine „normale“ kapitalistische Ausbeutung, also auch keine Demokratie. Die *konzessionierte* Herrschaft über ein Stück Welt wird *autonom*, damit die Herrschaft des Kapitals über das Land effektiv wahrgenommen werden kann.

#### **d) Ideologische Verklärung der weltpolitischen Gegensätze**

Die Elementarform imperialistischer Ideologie besteht im Gerede vom „wechselseitigen Nutzen“, der aus der Konkurrenz zwischen Staaten erwächst, welche umgekehrt in eine „weltweite Abhängigkeit“ verstrickt sind. Jeder Nationalstaat wirbt zugleich für einen gesunden *Nationalismus*, hält bei seinen Bürgern die Angst vor allen *fremden* Mächten wach, und für *Kosmopolitismus* von wegen „internationaler Arbeitsteilung“, so als hätte ein weitblickender Weltbürger die *Kooperation* als dem Menschen – ganz gleich welcher Hautfarbe – angemessene Existenzweise eronnen. Aus der „*Not*“ des Kapitals, die Schranken seiner Expansion durch seinen Staat niederreißen zu lassen, wird eine *Tugend* seiner Diener in allen Klassen, für die sich auch ein mahnender Blick in die *Geschichte der Aufteilung* gut brauchen läßt: als Imperialismus gelten die letzten Gefechte um die Herrschaftsgebiete, und jenen Tagen der Vernichtung pflegt man die Feier der Völkerfreundschaft heute gegenüberzustellen, als ob nichts wäre.

## § 2

### **Die Besonderheiten des Weltmarktes aufgrund der staatlichen Modifikation der Konkurrenz**

Insofern der Weltmarkt das Werk des bürgerlichen Staates ist, der den Notwendigkeiten des unter seiner Herrschaft akkumulierenden Kapitals durch den Einsatz seiner Gewalt Anerkennung verschafft, erfährt die ökonomische Konkurrenz auffällige *Modifikationen*.

Zunächst wird der Vergleich zwischen Kostpreis und Marktpreis von der Entwicklung der *Kommunikationsmittel und -wege* affiziert, welche von den Staaten begünstigt, bewerkstelligt oder auch nicht wird. An den räumlichen und zeitlichen Bedingungen des internationalen Warentausches findet der kosmopolitisch aktive Staats- und Geschäftsmann besondere Kosten und Risiken seiner Kalkulation vor.

Des weiteren hat der Staat den Konkurrenzkampf auf Grundlage der Marktpreise darin zu befördern, daß er den Streit über den angemessenen *Maßstab der Preise* erfolgreich führt. ob nämlich aus dem auswärtigen Handel ein anständiges Geschäft wird, hängt vom Stand des *Wechselkurses* ab. Die Verwendung nationalen Kreditgeldes, dessen Verhältnis zum Gold – das nur zum Saldieren von Überschüssen fällig wird – aufgrund der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Nationen im Innern veränderlich ist, verlangt den außenwirtschaftlichen Rechenkünstlern höchsten Einsatz ab. Das Geschäft des *Devisenhandels*, das sich aus der profitlichen Ausnützung von Angebot und Nachfrage ergibt und den Banken eine neue Aufgabe erschließt, fordert staatliche Überwachung und Richtlinien heraus. Im Interesse einer gelungenen *Zahlungsbilanz*, die gleichermaßen den Erfordernissen von Export und Import genügen muß, befördert oder bremst der Staat die verschiedenen Abteilungen des auswärtigen Handels, wobei seine Entscheidungen bezüglich *Auf- und Abwertung* naturgemäß nicht allen Beteiligten genehm sind. Dabei benützt er nicht selten seine Gewalt und den erreichten Stand der Abhängigkeit anderer dazu, auf das Hin und Her von Angebot und Nachfrage – von Waren wie Geld – nicht nur zu reagieren: er *setzt* Bedingungen durch *Außenhandels- und Währungspolitik*, durch die er

die Produktion und Konsumtion seiner Bürger einerseits schützt, andererseits dieselben zwingt, sich der Konkurrenzfähigkeit seiner Wirtschaft auf dem Weltmarkt gemäß zu verhalten.

So sind ihm schließlich negative Wirkungen auf das Wachstum des nationalen Reichtums Grund für Maßnahmen, den von ihm selbst in die Wege geleiteten *Freihandel* um eine solide Pflege des *Protektionismus* zu ergänzen, und mit Angeboten der einen oder anderen Art von Außenwirtschaft verhandelt er bi-, tri- und multilateral in der gesamten Staatenwelt herum: *Handelsverträge, Bündnisse und Integration* sind die Titel für dieses Verfahren einer Nation, sich auf dem Feld internationaler Konkurrenz durchzusetzen. Nach dem jeweiligen Stand ge- und mißlungener *Erpressung*, deren ein Staat fähig ist, ist die Welt politisch *eingeteilt*.



**a) Kommunikationsmittel**

Die Bewältigung der Schwierigkeiten, die sich mit den größeren Entfernungen, also auch der Vermehrung von Zirkulationskosten auf tun, hängt vom Wohlverhalten anderer Staaten ab: von allgemeinen Abkommen über die Freiheit der Meere über die Konditionen für Bau und Benutzung von Eisenbahnlinien und Kanälen bis hin zur Auflage von Telefonbüchern wird alles Gegenstand besonderer Verhandlungen und Verträge, durch die sich entscheidet, was sich an unmittelbaren Transportkosten, Zinsen für Kredite und Versicherungsprämien sparen läßt. Dabei gilt es sich nicht nur mit dem Handelspartner ins Benehmen zu setzen, sondern auch mit Dritten (Transithandel), deren Straßen, Schienen, Flüsse und Luftkorridore benützt werden.

**b) Besonderheiten der internationalen Zirkulation**

Die Bezahlung der Waren mit nationalem Kreditgeld bewirkt die nächste Modifikation der Konkurrenz. In der inneren Zirkulation jeden Landes garantiert die Staatsgewalt den Kreditzeichen ihre *Gültigkeit*, doch geht mit dieser Ökonomisierung der Zirkulation des Kapitals auch eine Veränderung der „Kaufkraft“ des Geldes einher. Die Verwaltung des Kredits, der dem Kapital gemäß seinen Konjunkturen zur Verfügung gestellt bzw. vorenthalten wird, führt zu Schwankungen des Verhältnisses Banknoten/Gold, was für die ausländischen Handelspartner ein Risiko darstellt. Die *Festlegung von Paritäten* beseitigt nicht die Unsicherheit bezüglich dessen, was man für in Zahlung genommene fremde Währung als Käufer im betreffenden Land zu einem anderen Zeitpunkt erhält, sondern ist Ausgangspunkt für die Kalkulation mit dem Wechselkurs. Im zunächst rein technischen Geschäft der Vermittlung von Devisen, die der Geldhandel aus der Hand von Exporteuren empfängt, an Importeure, die sie für Zahlungen ins Ausland benötigen, wird daher um die günstigsten Handelsbeziehungen gestritten. Der An- und Verkauf von fremder Währung zum richtigen Zeitpunkt entscheidet mit über Produktionskosten und Erlös, die aus einem Auslandsgeschäft erwachsen. Dabei gerät die Spekulation auf die Schwankungen von Angebot und Nachfrage zu einem selbständigen Geschäft, das sich mittels Telefon der Unterschiede zwischen Wechselkursen örtlich wie zeitlich bedient. Auch der Anstrengung seiner Kunden, Devisen zum Zeitpunkt eines für sie güns-

tigen Standes der Wechselkurse zu kaufen, um sie später zu verwenden, tragen die Währungsspezialisten Rechnung und lassen sich das für die Kundschaft partiell übernommene Risiko entgelten – *Termingeschäfte nebst Swap*. Mit all ihren Diensten machen sich die Devisenhändler allerdings nur beliebt, solange das Ergebnis ihres aufregenden Jobs ein genehmes ist: zur rechten Zeit müssen genügend Devisen für die anstehenden Auslandsgeschäfte da sein, und zwar zu einem vorteilhaften Preis. Dabei ist es gar nicht einfach, allen Interessierten zu Gefallen zu sein: schon am gegensätzlichen Interesse von Importeuren und Exporteuren bezüglich der Bewegung des Wechselkurses bemerken die Telefonisten in Sachen Weltgeld, daß ihnen die Ökonomisierung des internationalen Kauf- und Zahlungsmittels zwar ihren Beruf sichert, aber nicht für das Geschäft garantieren kann, dem dieser Beruf untergeordnet ist.

### **c) Währungs- & Handelspolitik: der wirtschaftspolitische Umgang des Staates mit dem internationalen Handel**

Denn ein gelungener Außenhandel besteht keineswegs darin, daß irre viel Ware *exportiert* wird, wie linke Absatztheoretiker sich das vorstellen. Daß der Welthandel insoweit den Prinzipien des Kapitals gehorcht, daß er *Tausch* ist, gilt natürlich auch umgekehrt: auch der Import von möglichst viel Ware entspricht nicht dem Zweck der Akkumulation, welche die Nation anstrebt. Im Falle des Exportüberschusses häufen sich die Devisen des Auslands in den Banken, und die Verwendung dieser Gelder zur Vermehrung des Reichtums ist nicht gegeben, wenn sie niemand in Zahlung nimmt für Sachen, die dem Fortgang der Produktion dienen. Selbst im Falle der Begleichung von Überschüssen mit Gold stellt sich keine gewaltige Freude ein, da die Nation, aus der das Gold entfließt, zwar nicht kreditiert wird, jedoch schnell als Kunde entfällt, wenn sie nicht auch etwas zu verkaufen hat – also ihrerseits der Bereicherung fähig ist. Die *Realisierung* des Warenprodukts bringt einer Nation also nur dann die Nutznießung fremden Reichtums, wenn sie sich ihre Kontrahenten als Käufer *erhält*. Umgekehrt im Falle des Importüberschusses – die ins Ausland abfließenden Devisen, die dort niemand haben will, um einem etwas abzukaufen, ändern die Wechselkurse, was die Potenz als Käufer erlahmen läßt; und der Goldabfluß

bewirkt dasselbe über das offenkundige Schwinden der Zahlungsfähigkeit. Der nationale Goldschatz ist nicht der Reichtum der Nation, sondern ein *Mittel*, ihn zu steigern – und diese Funktion erfüllt er, wenn er nur zum Ausgleich von Schwankungen eingesetzt statt „verbraucht“ wird.

So unbekümmert sich daher einzelne Kapitalisten dem Export oder Import verschreiben, so unausgeglichen der Handel mit dem einen oder anderen Land aussehen mag – der bürgerliche Staat bewährt sich auf dem Felde des Außenhandels erneut als *ideeller Gesamtkapitalist*, wenn er das Ideal einer *ausgeglichenen Zahlungsbilanz* und dementsprechend eine *ausgeglichene Handelsbilanz* verwirklichen will. Zu diesem Zweck betreibt er

1. *Währungspolitik*, d.h. er reagiert auf die Wechselkursänderungen, die sich über den Devisenmarkt ergeben, mit dem Beschluß generell neuer Paritäten. Da hierbei die Schädigung wichtiger Handelspartner ebenso wie eines Teils seiner kaufmännischen Internationalisten ansteht – je nachdem ob *Auf- oder Abwertung* –, sucht er die in seinem Interesse fällige Korrektur anderen Staaten anzuhängen. Es macht nämlich einiges aus, ob ein Staat das Verhältnis seiner Währung zum Gold ändert und die fälligen Kursbereinigungen gegenüber einem wichtigen Partner so vollzieht, daß er gleich die Relation seiner Währung zu allen anderen verändert, oder ob er sich vorteilhafte Import- bzw. Exportbedingungen erhält, indem er über eine Phase freundschaftlicher *Stützungskäufe* einem Partner entsprechende Lasten aufhalst – oder ob ihm der Wechselkurs seines Dollars länger als allen anderen gleichgültig ist, weil dieser Staat in der Welt unbegrenzten Kredit genießt. Im Notfall bremst er seiner Währungspolitik schädliche Bedürfnisse seiner Geschäftsleute nicht nur mit Vorschriften und Kontrollen des Devisenhandels; er geht zur *Devisenbewirtschaftung* über, weil Währungspolitik eben
2. *Handelspolitik* zu sein hat, also Behinderung oder Förderung des Außenhandels an den Punkten, wo er sich nach-/vorteilig auswirkt. Mit dem Instrumentarium des *Protektionismus* – mit Zöllen, Einfuhrbeschränkungen, Lizenzen und allerlei Abwandlungen solcher Erschwernisse schädlicher Konkurrenz – macht er sich zum Anwalt eines *einseitig gedeihlichen* Weltmarkts, zumindest für eine gewisse Frist. Denn die Reaktion der Partner, die ihrerseits entsprechende Mittel zum

Schutze ihrer Ökonomie einsetzen, macht ihm deutlich, daß sein Nutzen vom Weltmarkt nicht ohne Konzessionen zu erreichen ist. Er wird deshalb auch gleichzeitig nach innen tätig und wirkt auf die Konkurrenzfähigkeit der geschützten Branchen hin. Wo sich *Souveräne* gegenüberstehen, gilt sogar im Verkehr mit „schwachen“ Staaten das Grundgesetz internationaler Konkurrenz – Zugeständnisse müssen gemacht werden, andernfalls saht die Konkurrenz ab; am besten aber ist es, man macht sie überflüssig. Dann kann man es sich aber auch leisten, gar nicht über den *Handel* zu konkurrieren.

3. Die neue Abteilung seiner *Wirtschaftspolitik*, die der bürgerliche Staat sich mit dem auswärtigen Handel eröffnet hat, verlangt ihm die Sorge um den wirkungsvollen Einsatz d e r W a f f e s e i n e s Kapitals ab: die Produktivität in seinem Herrschaftsbereich hat er zum Mittel der nationalen Bereicherung zu machen – und die außerhalb ebenfalls, was ihn einerseits als rücksichtslosen Parteigänger des Wertgesetzes auftreten läßt, andererseits dazu bringt, den praktischen Vergleich der Warenpreise nicht so recht stattfinden zu lassen. Seine Partner auf dem Weltmarkt tun es ihm gleich, so daß sich ihre Beziehungen als der ständige Schacher um die Aufhebung und Neufestsetzung von Handelsschranken abspielen; Export- und Importbedingungen wechseln mit den Erfordernissen der Konjunktur, die auch als wirksamer Hebel der Erpressung taugt.

Im Austausch von Waren auf dem Weltmarkt findet ein Vergleich *nationaler Produktivitäten* statt, dessen Resultat nicht schwer auszumachen ist. Gewinn und Wachstum stellen sich bei den Nationen ein, die aufgrund der höheren Produktivität ihrer Unternehmen billig produzieren und Waren anzubieten haben, die andere gar nicht erst zustandebringen. Nationen mit niedriger Produktivität können da nur konkurrieren, wenn sie bei den Gewinnen Abstriche machen. Zur Produktion für den Weltmarkt gezwungen, wollen sie importfähig bleiben, vergrößern sie ihren Aufwand an Arbeit niedriger Produktivität und versorgen die Welt mit Produkten „arbeitsintensiver Industrie“. Ihre protektionistischen Versuche werden entsprechend beantwortet, so daß sich nur noch währungs-politische Maßnahmen g e g e n die Wirkung des Wertgesetzes loh-

nen, die die *U n t e r w e r f u n g* unter dies Gesetz vollenden. *Modifiziert* wird es schließlich einzig über das Elend derer, die arbeiten müssen und an deren körperlicher Verfassung zu bemerken ist, daß sie ihre *Arbeitskraft unter Wert* verkaufen müssen. Durch diese Modifikation bereiten sich die unterlegenen Nationen freilich intensiv auf ihre Rolle als Billiglohnländer vor, die ihnen durch die Herstellung grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs zufällt: die Mittel der Arbeitsproduktivität, die als Kapital vorhanden sind, das sie nicht haben, lassen sich nämlich prima mit der billigen Arbeitskraft, die einfache Arbeit verrichtet, kombinieren. (Die Nationen, die sich am Irrwitz einer „bewußten Anwendung des Wertgesetzes“ zu schaffen machen, trifft seine Macht in Gestalt des Weltmarktes nicht minder empfindlich, und auch dort müssen die Proleten den staatlich betriebenen Außenhandel finanzieren!)

#### **d) Handelsverträge – Bündnisse – Kredit**

In *Handelsverträgen* regeln Staaten untereinander die Konzessionen, die sie sich einander um der eigenen Bereicherung willen auf dem Felde des Warenaustausches machen. Diese Dokumente der Konkurrenz gestalten sich je nach den Drohungen, die die Beteiligten zu realisieren vermögen, als befristete Zusicherung von Lieferungen, die qualitativ und quantitativ festgeschrieben sind, als Rahmenbedingungen des freien Handels zwischen den Partnern, also als Regelung der Erschwernisse, die man für unverzichtbar hält, sowie als Einigung über den Umgang mit Dritten, die ja stets als Ausweg oder Opfer bilateraler Erpressung in Frage kommen. Da sich gewisse Schäden für die eine oder andere Seite nicht vermeiden lassen, gibt es *Bündnisse*, in denen die wechselseitige Erhaltung der Brauchbarkeit für alle Fälle zum Programm erhoben wird und die Nutznießer, also gewöhnlich die Urheber der festgelegten *Paritäten, Diskriminierung und Begünstigung* ganz viel „Verantwortung“ für die Folgen ihres Geschäfts übernehmen. Neben Beschlüssen des *gemeinsamen Protektionismus* werden die nationalen Umgehungspraktiken gleich mit fixiert, und der Fall, daß eine nationale Währung ruiniert wird, ist auch vorgesehen – freundschaftliche *Kreditierung in Swing-Abkommen*, Verpflichtung zu *Stützungskäufen* etc. sichern

den Fortgang des Handels, wobei der partnerschaftliche Dienst oft in der *Existenzsicherung* der anderen *Nation*, in der Bewahrung der Funktionsfähigkeit für den Weltmarkt besteht, was die Bürger dieser Nation zu wahren, weil opferbereiten Internationalisten prädestiniert. Daß die schönsten Vereinbarungen dieser Art nach Kriegen zustandekommen, ist sicher ebenso ein Zufall wie die Tatsache, daß ihre „Reform“ unter dem Druck der Kräfteverhältnisse nicht nur in Handelskriegen endet.

### e) Die Scheidung der Staaten nach den Kriterien des internationalen Handels

Die Unterscheidung der Nationen vom Standpunkt des Handels ist eine nach den Kriterien der Brauchbarkeit für den imperialistischen Staat; sie wird **p r a k t i s c h** vorgenommen und ist keine ideologische Angelegenheit:

- Da gibt es *arme Länder*, die aber keineswegs unwichtig sind für den Welthandel. Der Verkauf ihrer Reichtümer macht andere glücklich, und die Einnahmen werden für die Stabilisierung des Staates verwandt. Weniger stabil ist dafür ihr Geld, so daß man sie zurecht *Weichwährungsländer* heißt und die aus- und eingehenden Lieferungen gleich in harter Währung fakturiert. Die staatlich festgesetzten Wechselkurse kommen auf dem Devisenmarkt nie zustande, die *Verschuldung* dieser Nationen ist die Geschäftsgrundlage und fordert Hilfe für die Zahlungsbilanz geradezu heraus.

Unter den armen Ländern gibt es allerdings auch reiche, die **k e i n e** Schulden haben, sondern mit Öl ganz viele Petro-Dollars bzw. Gold anhäufen. Das wird ihnen ziemlich übelgenommen, zumal sie ein – ziemlich wackliges – Bündnis geschlossen haben, mit dem sie versuchen, einer Minderung ihrer Einnahmen durch den Kursverfall des Dollars entgegenzuwirken. Diese Einnahmen entspringen trotz mancher Gerüchte nicht dem **V e r k a u f** des Öls, sondern einem Anteil am offiziellen Verkaufspreis, der den Souveränen zugestanden wird. Diese verwenden ihre Rente konsequent wie die armen Staaten unter den armen und bewähren sich so als Hebel für die Nationen, bei denen man mit dem Erdöl was anzustellen weiß. Der Dollar-Reichtum ist für den

Staat da und nicht umgekehrt (was am schönsten in den idiotischen Formen der Repräsentation hervortritt), wächst also nicht. Außer ein paar Landsleuten mit anständigem Einkommen und einem Militär leistet man sich viele Paupers, und für die Verrichtung der nötigen Dienste haben sich Scheichtümer Gastarbeiter an Land gezogen. Ein Problem sind diese Nationen für die Regisseure des Weltmarkts auch. Die Finanzierung ihrer Herrschaft macht sich im Kostpreis der industriellen Produktion bemerkbar, weil ja auch die Ölkonzerne und die Finanzminister was einnehmen wollen, so daß die Konkurrenz um den Import von Öl bisweilen nicht mehr als das richtige Verfahren angesehen wird.

- Es gibt aber auch wirklich *reiche Staaten*, konkurrierende *Handelsnationen*, die einem ständig Märkte streitig machen, andererseits aber selbst einen anständigen Markt haben, so daß sich den Gegensätzen manche Gemeinsamkeit hinzugesellt. Um die Verlaufsformen beider dreht sich hier der Ausbau der Beziehungen. Export- und Importvolumen sind wichtige Daten in der weitergehenden Differenzierung von Freund und Feind, wobei es ziemlich auf die Tendenz ankommt, die da von seiten der gerade regierenden Wirtschaftspolitiker auf einen zukommt. Was steht einem da auf dem Auto- und HiFi-Markt, im Werftgeschäft, beim Maschinenbau und in der Elektronik-Branche ins Haus? Die jeweilige Währung und was mit ihr angestellt wird sind Gegenstand reger Anteilnahme, aber nicht deswegen, weil der *Härtegrad* entscheidend dafür ist, was sich der kleine Mann im Auslandsurlaub leisten kann. Die Konvertibilität nationaler Währungen, d.h. ihre Austauschbarkeit gegen Dollars, eröffnet den Kampf auf den Devisenmärkten, der allerdings an einer gewissen Ungerechtigkeit krankt: die einen sind auf den Devisenmärkten die *Leitwährung*, die anderen *brauchen* die *Reservewährung*, ohne die manche Geschäfte einfach nicht zu kriegen sind. Denn die stolzen Besitzer solcher Währungen benützen ihre Zettel keineswegs zur „Schaffung von Liquidität“ ...
- Die *Staatshandelsländer* fallen bei alledem gründlich aus dem Rahmen. Als Käufer treten sie auf dem Weltmarkt nicht auf, um sich durch die Einfuhr bestimmter Waren einen Vorteil im Vergleich Kost-

preis-Marktpreis zu verschaffen; auch nicht, um Rohstoffe an Land zu ziehen, in dieser Hinsicht ist die SU gut versorgt. Die *Importe*, die der Ostblock tätigt, schließen *Lücken*, und zwar in der Sphäre der Konsumtion (Weizen) wie in Sachen Ausrüstung der Industrie. Die *Exporte* sind umgekehrt kein Verkauf von im Überfluß hergestellten und mit Gewinn absetzbaren Produkten, sondern Mittel zur *Devisenbeschaffung*. Das weitgehende Desinteresse an einer Öffnung des Marktes und an der zugehörigen Herstellung einer konvertiblen Währung, das mit dieser Stellung zum Weltmarkt vorgeführt wird, ist für dessen Macher ein Ärgernis. Im Ostblock treffen sie eine , Außenhandelspolitik an, die „*prinzipiell diskriminiert*“, die das Bedürfnis nach Meistbegünstigung anmeldet und umgekehrt von Kontingentierung nicht ablassen will. Natürlich ist auch ein *Kompensationsgeschäft* nicht zu verachten, aber ein dauerhafter Handelspartner, gegen den sich die Waffe der Produktivität gründlich einsetzen läßt, wird so aus diesen Staaten nicht. Die Verschuldung einer Nation, die sonst den *A u s b a u* der Beziehungen eröffnet, wird bisweilen sogar zum Anlaß genommen, auf Kosten des Konsums der „Massen“ die Importe zu senken. Die Kreditierung eines Außenhandels, der weder Resultat von Überfluß noch Mittel für ihn ist, beunruhigt die Staatshandelsländer offenbar mehr als ihre Kreditgeber, die ihre Sicherheit nicht auf das sibirische Gold gründen. Daß die schlimmsten Zeiten vor über sind, in denen der Ostblock den internationalen Handel als ein Werk des Imperialismus geißelte, das einzig der Stärkung seiner Feinde dient, liegt an der *Schwäche der Produktionsweise*, in der der Staat nicht nur das *Außenhandelsmonopol* hat. Inzwischen ist man drüben der Auffassung, daß „der Außenhandel zur Effektivierung der gesellschaftlichen Arbeit“ beiträgt, und zwar nicht nur im Comecon. Zu dieser Einsicht sind die Parteien der Arbeit über die Notwendigkeiten gelangt, die eine ineffektive Akkumulation im realen Sozialismus so mit sich bringt: mit Agrarprodukten und Erzeugnissen aus „arbeitsintensiver Industrie“ werden die Resultate des „wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ erworben, die der Kapitalismus zuwege bringt, während sich die gleichnamige Revolution im realen Sozialismus nicht einstellt. Die SU hilft auch ihren Bruderländern nicht über entsprechende Schwierigkeiten hinweg, ja sie leistet sich – im RGW



sogar manchen Vorteil – so daß um bilaterale Beziehungen zum Westen kein RGW-Land mehr herunkommt und die Hauptfriedensmacht diese Freiheit auch zugesteht. Bis auf die SU und die DDR sind sie alle im GATT, bezahlen also die Meistbegünstigung (bzw. die Gewährung von Zollpräferenzen analog den Entwicklungsländern!) mit dem kostspieligen Einstieg in den Konkurrenzkampf. Die darüber knapp werdenden Devisen suchen sie durch Angebote auch gegenüber Ländern der ärmeren Sorte zu kriegen, die des „Dumpings“ verdächtig sind, aber keineswegs auf die solide Grundlage der entwickelten Produktivität zurückgehen: keine Eroberung von Märkten und keine Verdrängung der Konkurrenz findet da statt, sondern das Stopfen der Löcher, die der Import aus dem Westen reißt. Der alte und neue *economic warfare* wird offenbar auch mit den Schranken fertig, die der Osten im Umgang mit Ware und Geld präsentiert, und China bietet auch in dieser Hinsicht schon längst keine Alternative mehr zur SU.

#### f) Vorgeschichte des Weltmarktes

Daß die entwickelten kapitalistischen Nationen sämtliche Naturschätze und Produkte dieser Erde *brauchen* können, und zwar als Mittel ihres Geschäfts – andere Länder sich dagegen schwer tun, *brauchbar zu bleiben*, weil sie der Bereicherung nicht fähig sind, liegt an der Vorgeschichte des Weltmarkts. Durch den *Raub* von Naturschätzen und Gold, die an ihren Ursprungsorten weder Ware noch Geld gewesen sind, haben die Musterländer des Fortschritts den Reichtum angehäuft, der für die Schaffung der kapitalistischen Industrie vonnöten war. Diese gewaltsame Aneignung, die in den Kolonien mit der Verwendung von *Sklaven* für die Vermehrung von *Kapital* fortgesetzt wurde, bildete die Grundlage auch für das Merkantilssystem, das an einer ewig positiven Handelsbilanz noch seine Freude hatte – und in den ehemaligen Kolonien hat der Abtransport der Schätze sowie die Zerstörung von Land und Leuten die moderne Perspektive des wechselseitigen Nutzens per großzügiger Einbeziehung in den internationalen Währungsfonds vorbereitet.

**g) Ideologien über den Weltmarkt und für ihn**

Da die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu ständigen Reibereien zwischen den Nationen führt, haben Nationalökonomien, Journalisten und Linke alle Hände voll zu tun, ihr nationales und kosmopolitisches Verantwortungsbeußtsein unter Beweis zu stellen. Ändert sich ein Wechselkurs für ihren nationalen Geschmack zu schnell oder zu langsam, entspricht eine Nation in einer Währungsschlinge nicht ihren Vorstellungen von kooperativern Wohlverhalten – schon runzeln sie öffentlich die Stirn und warnen vor dem Zerfall „unseres“ *Weltwährungssystems*; funktioniert es noch, fragen sie, und wer macht es denn kaputt? Die Linken mögen zwar nicht immer für die *Stabilität* der Weltwirtschaftsordnung umstandslos Partei ergreifen, doch wissen auch sie Rat: getreu der Devise, jedes Phänomen der *Konkurrenz*, das ihnen nicht paßt, zum Beleg für eine *Krise* hochzujubeln, entdecken sie nicht nur Schuldige für die flöten gegangene „Lösung der Probleme“, sie behaupten auch zum x-ten Male, daß der Kapitalismus nicht geht, weil er nicht einmal (mehr) mit den Widersprüchen des Weltgeldes fertig wird. Locker verbreiten sie die Idiotie, daß eine „Ablösung“ vom Gold stattgefunden hat – als ob nicht jedes Detail des IWF Zeugnis vom Gegenteil ablegen würde. Der Dollar, an dem sich alle Währungen messen müssen, mißt sich nämlich am Gold.

Die einschlägigen Schriften von Nationalökonomien reichen von patriotischen Beschimpfungen fremder Regierungen und der Macher von Bretton Woods bis zu sinnigen *Modell-Alternativen*: feste oder flexible Wechselkurse? Da wird die Exportabhängigkeit „unserer“ Wirtschaft beschworen, wenn die Inflation oder auch Rationalisierung gerechtfertigt werden soll. Alle unangenehmen Seiten des auswärtigen Handels pflegt man streng nationalistisch in Termini der Sorge um die internationalen Beziehungen zu kleiden, weil die nämlich das Anliegen aller Weltbürger zu sein haben – vom Kongo-Neger bis zum Kumpel Erwin. Die *Theorie der komparativen Kosten* oder eine abgewandelte, differenzierte Kleinausgabe davon hält als wissenschaftliches Fundament her, um den allseitigen Nutzen des Welthandels zu untermauern, als ob die *Bereicherung einer Nation* dasselbe wäre wie die Versorgung der Welt mit Tuch, Portwein, Datteln und Arbeitsplätzen! Aber wo an Kosten für Arbeit gespart wird, haben auch die

Linken eine Ergänzung zu dieser Ideologie beizusteuern und rechnen „werttheoretisch“ mit Arbeitsstunden herum, die sich in ungerechten Proportionen tauschen. Auch im internationalen Handel werden aber nicht Arbeitsstunden getauscht, so daß sich BMW-Arbeiter mit Negern vergleichen, sondern Werte, über die Kapitale aus ihrer Produktivität Gewinn ziehen.

## §3

**Die Unterwerfung fremder Nationen unter die Bedürfnisse des Kapitals: „Kapitalexport“:****Die Überwindung der mit dem Handel gegebenen bzw. erzeugten Schranken – Zerstörung unbrauchbarer Produktionsweisen**

Wenn der imperialistische Staat im auswärtigen Handel seiner Wirtschaft Vorteile verschafft, so erfährt er an den ökonomischen Anliegen und Potenzen der anderen Staaten seine Schranken. Der *Weltmarkt* bewährt sich als Mittel der Bereicherung des *nationalen Kapitals* nur in dem Maße, wie es die anderen Nationen, die auf ihren Nutzen aus sind, zulassen. So verläuft die Konkurrenz als beständige Serie von Vereinbarungen und deren Bruch bzw. Korrektur. Ob die Aufkündigung der laufenden Beziehungen in der Form des *Unwillens* (währungspolitische und protektionistische Hemmnisse) oder in der des *Unvermögens* (Schwinden von Angebot bzw. Zahlungsfähigkeit) erfolgt, ergibt sich aus den ökonomischen Grundlagen der geschädigten Nation, welche auch über den Fortgang des Abhängigkeitsverhältnisses entscheiden. Die *bedingte* Brauchbarkeit der Partner ist dem imperialistischen Staat Anlaß, die Notwendigkeiten, denen sich die fremden Mächte ausgesetzt sehen, *auszunützen*. Sie werden mit ihrem Willen zur Fortführung ihrer Herrschaft, für die ein *Funktionieren* der ökonomischen Grundlage unerläßlich ist, *erpreßt*. Und zwar mit dem Angebot der Hilfe und weitergehenden Zusammenarbeit bei Maßnahmen, welche die Volkswirtschaft in ihrer *Produktion* zurichten als *Mittel für die Bedürfnisse des Weltmarkts*.

1. Wo der Handel die koloniale Vorgeschichte darin vollendet hat, daß die Finanzierung der herrschenden Klasse und eines Staatsapparates der Preis für die Überlassung der natürlichen Reichtümer gewesen ist, lautet das Rezept für die drohende Unbrauchbarkeit *Entwicklungshilfe*.
2. Wo der Krieg die Konkurrenz der imperialistischen Staaten dahingehend entschieden hat, daß in Europa neben einer besiegten nur ruinierte Industrienationen ihre Verluste zählten, ist es den

USA – die als einzige akkumulationsfähig geblieben waren – eine süße Verpflichtung gewesen, der auswärtigen Akkumulation wieder auf die Sprünge zu helfen. Sie haben ihrem Kapital eine Sphäre der Akkumulation erschlossen, indem sie den ihnen genehmen Souveränen eine neue oder renovierte Zirkulation kreditierten. Seither ist die Außenwirtschaft ein einziger Beweis dafür, daß der Weltmarkt ein dauerhaftes Mittel nicht für die Nation ist, deren Kapital auf ihn angewiesen ist, sondern für die, welche ihn für ihr Kapital einrichtet (was selbstredend die Nutznießung der aufgelösten Kolonialreiche einschließt). Da sich der Vorteil der so entwickelten Handelsnationen angesichts der bleibenden Omnipräsenz des Dollar-Kapitals als ein relativer erweist, überwinden sie die Schranken eines gemeinsamen *M a r k t e s* durch die Internationalisierung der Geschäftstechniken, die sich im Innern der Nationen längst als Waffe des Kapitals bewährt haben: der *Zusammenschluß* von Kapital befähigt mit der Größe des eingesetzten Vermögens die Beteiligten zu neuen Leistungen im Konkurrenzkampf. Was für die einzelnen Nationen herauspringt, wenn sämtliche *Produktionsfaktoren mobil* sind und *multinationale Konzerne* den Vergleich von Kostpreis und Marktpreis praktizieren, hängt von den Konditionen ab, die die Bündnispartner ihren ausländischen Freunden abzuhandeln in der Lage sind. Gegenstand des Streits sind hier der Standort des Unternehmens, die Besteuerung, Besonderheiten im Umgang mit dem Arbeiter und seinen Gewerkschaften – kurz: die wirtschaftspolitischen Erfordernisse und Konzessionen an die Rentabilität, also auch sämtliche Bedingungen des Marktes, welche zwischen den beteiligten Nationen und gegenüber Dritten gelten sollen.

3. Wo die Staatshandelsländer aufgrund der Schwierigkeiten bei der effektiven Akkumulation von verstaatlichtem Kapital ihr weitgehendes Nein zum Weltmarkt lockern, um die „wissenschaftlich-technische Revolution“ doch noch zu bemeistern, treten die imperialistischen Länder bereitwillig als Beender des „kalten Krieges“ auf. Auch hier eignet sich das *Kapital in Form*

*von Kredit* vorzüglich zu seiner exterritorialen Vermehrung, da die staatssozialistische Weise der Ausbeutung ihrer Finanzierung durch westliche „Monopole“ keineswegs widerspricht und die Konditionen des Handels sich so laufend liberalisieren.

Entsprechend den Dialogen und ihren Ergebnissen, den imperialistischen Anträgen und der Widerstandskraft auswärtiger Mächte erweitern sich die Kriterien, nach denen sich die Welt aufteilt: verschiedene Formen der politischen Herrschaft werden an ihrer *Brauchbarkeit*, daher auch an den *Menschenrechten* gemessen.

**a) Die Verwendung der Völker für die weltweiten Anliegen des nationalen Kapitals**

Weil die Praktiken des internationalen Handels der Garant dafür sind, daß der mit ihnen verfolgte Nutzen erlischt, darf es beim „bloßen“ Handel nicht bleiben. Für den positiven Effekt will etwas getan sein, denn nicht die Ruinierung anderer Staaten ist der Zweck, sondern ihre Ausnützung. Die Opfer müssen tauglich bleiben, und da hier *Nationalisten* – also Patrioten, die das Sagen haben – unter sich sind, wird mancher um seiner Herrschaft willen zum Knecht. Er tut schließlich das Beste für seine *Nation*, wenn er aufs Wachstum, auf Arbeitsplätze und auf die internationale Geltung achtet. Daß er sich dafür *in* der Welt des Imperialismus bewähren muß und nicht *gegen* sie, macht gerade seine Verantwortung aus. Hier ist Wirtschaftspolitik im Bewußtsein der *Abhängigkeit* verlangt, also *gemeinsame*: die Staatsmänner *sind* die Exekutoren der Völkerfreundschaft, und die Gegensätze zwischen ihnen mögen sich noch so sehr „verschärfen“ – ihre Sache ist es nicht, sie auszuhalten. Deswegen stehen sie auch den Anstrengungen ihrer Kollegen, aus dem Weltmarkt doch eine nützliche und ziemlich wechselseitige Angelegenheit zu machen, so aufgeschlossen gegenüber. Wenn die Akteure der Geschäfte, die über den Austausch von Waren hinausgehen, damit er weiter funktioniert, ihr geliebtes Volk als Argument ins Feld führen, dann nur um zu demonstrieren, wieviel sie sich erlauben *wollen* gegenüber dem Rest der Staatenwelt die Gewißheit, daß die *Unbotmäßigkeit* des Volkes weder ihnen noch den anderen gelegen kommt. Daß weder ein Campesino noch ein französischer Winzer und auch nicht ein Landwirt aus Siebenbürgen die „Probleme“ der Weltwirtschaft zu lösen hat, gilt allen als selbstverständlich. Gerade in Fragen der „internationalen Zusammenarbeit“ sind die Politiker allein kompetent und völlig souverän; und was sie ihrem Volk hier wie dort zu berichten haben, erschöpft sich in der Auskunft, daß sie trotz der anderen alles zu seinem Besten regeln.

**b) „Entwicklungsländer“: Souveränität in auswärtigen Diensten**

Im Unterschied zu den Leuten, die in südlicheren Breiten hausen, haben die *Nationen*, zu denen sie zählen, keinen Hunger, sondern Probleme mit

ihrer Zahlungsbilanz. Diese Probleme zeigen erstens, daß sie am Umschlag des Reichtums dieser Welt beteiligt sind, aber zweitens mit dem für ihre Partner unbefriedigenden Ergebnis, den Erfordernissen eines geregelten Austausches nicht recht nachkommen zu können. So erfreuen sie sich der regen Anteilnahme dieser Partner, die ihnen nicht nur einen *Zahlungsaufschub* gewähren; sie drängen auch darauf, daß die Kreditierung nutzbringend in Anspruch genommen wird, schicken Berater ins Land, die für den Aufbau *arbeitsintensiver Industrie* mit Rat und Tat bereitstehen. Wenn die billigen Arbeitskräfte dann ihrer Nation was zum Verkaufen hergestellt haben, erklären sich die Länder, die ihre Entwicklung hinter sich haben, zu *Zollpräferenzen* bereit, halten aber das Einströmen des preiswerten Zeugs auch durch *Einfuhrquoten* in Grenzen, weil die eigene Wirtschaft... Wenn umgekehrt ein mit Armut und Schulden reich gesegnetes Land protektionistisch zu Werke geht, wird es massiv daran erinnert, daß es sich seiner Entwicklung nicht verschließen kann. Es darf seine Arbeitskraft und Energie auf diese Weise doch nicht der fremden Benutzung entziehen, also verschwenden. Notfalls werden auch Gastarbeiter importiert, die ihr Heimatland durch Überweisungen beträchtlicher Teile ihres *Lohnes* mit *Geld* versorgen, durch welches der Währung geholfen werden kann, das sich aber auch als Kapital verwenden läßt. Selbst zu *Investitionen* sind großmütige Geldgeber aus den Industrienationen bereit: bei Öl und Bergbau schon immer, da die Versorgung der Weltwirtschaft mit den wichtigen Schätzen unbedingt gewährleistet sein muß. Aber auch für minder kostbare Sachen finden sich stets Interessenten, wie man an den guten Beziehungen mancher Regierung zu den Fruit Companies sehen kann. Die Zahlungsbilanzen der „unterentwickelten“ Länder befördern die alten und neuen Initiativen dadurch, daß „ein Markt“ geschaffen wird, der es in sich hat. Diese Staaten wälzen die herkömmlichen Produktionsweisen, in denen sich die Menschen recht und schlecht am Leben erhielten, gründlich um; zum Zwecke der Behauptung im internationalen Geschäft, welche den Staatsmännern am Herzen liegt, zwingen sie ihre Gesellschaften, außer den auswärts gewünschten Sachen so gut wie nichts mehr zu produzieren (*Monokultur* heißt das dann), und berauben die Mehrzahl der Bevölkerung der Existenzgrundlage. Lebensmittel müssen dann in Ländern mit keineswegs miesen natürlichen Bedingungen für ihre Produktion aus- u n d eingeführt



werden, ohne daß sie sich die „Massen“ kaufen können. Damit sie mit den wenigen Kreuzern, an die sie herankommen, nicht übermütig werden, treibt ihr Staat eine Geldpolitik der preiswerten Exporte (Inflation als bewußt eingesetztes Mittel, natürlich auf „Anraten“ der Partner). Die Regierung kann mit ihren Einnahmen bei den Entwickelten gerade die Geräte kaufen, die für die Aufrechterhaltung der *Stabilität* notwendig sind, für ihren und der Miliz Lebensunterhalt einigtes erstehen, damit auch immer genügend Leute für den *Gewaltapparat* zur Verfügung stehen, der allein mit der Armut fertig wird. Wegen dieser Armut gibt es bei den Unterentwickelten nämlich manchen *Aufstand*, der auf die Beseitigung der Regierung zielt und der Unterwerfung des ökonomischen Lebens unter die ausländischen Interessen ein Ende machen will. Die imperialistischen Staaten, gewitzt aus reicher Erfahrung in der Auflösung von Kolonialreichen, wissen zwar ganz sicher, daß auch ein neuer Souverän den Traum von Unabhängigkeit und Reichtum seines Landes nicht verwirklicht; doch die *Brauchbarkeit* des Partners ist durch den *Bürgerkrieg* unmittelbar, durch seinen zweifelhaften Ausgang sowieso in Frage gestellt. Schon die Waffen in den Händen der Rebellen beweisen, daß andere Mächte an einer Veränderung des status quo interessiert sind, daß die *Neuregelung der Abhängigkeit* eine Frage der *Konkurrenz* ist. Und die belebt bekanntlich das Geschäft: das mit den Waffen, die in „Krisengebieten“ so dringend gebraucht werden, und das mit allem anderen Zeug dazu, welches für den „Aufbau“ des Landes nach geschlagener Schlacht vonnöten ist. Für die imperialistischen Außenpolitiker steht also die schwierige Entscheidung an, die Seite der kämpfenden Parteien zu unterstützen, von deren Sieg die gedeihlichsten Beziehungen zu erwarten sind; ohne sich Illusionen über die Konkurrenz aus Ost und West sowie über die keineswegs nur gebilligten Ziele und Praktiken der Gegner vor Ort hinzugeben, steht eine *aktive Beobachtung* der Kämpfe an: also zunächst einmal Maschinengewehre – und größeres Gerät für die Regierung, solange die traditionellen Geschäfte noch irgendwie lohnend laufen; fristgemäßes diplomatisches Umschwenken entsprechend dem Verlauf des Gemetzels, schließlich Anerkennung der neuen provisorischen Regierung zum Zwecke der Aufnahme von Beziehungen, durch die der Osten auf Wen Fall, die westlichen Konkurrenten soweit wie möglich ausgeschaltet werden müssen. Die Einflußnahme auf die Ausgestaltung der politischen Herrschaft voll-

zieht sich über lebhaft diplomatische Reisetätigkeit, hin und her, wobei sich die Gegenspieler der nationalen Szene genauestens über die künftigen Konditionen ihrer Herrschaft informieren können und langsam klare Vorstellungen darüber kriegen, wie sie nach innen auftreten müssen ...

Die Abwandlungen dieses Prinzips imperialistischer Entwicklungshilfe, das sich im Iran ebenso bewährt wie in Nicaragua, Zentralafrika oder Portugal, sind alles andere als ein Beleg dafür, daß es in den Kämpfen von Befreiungsbewegungen oder den anschließenden Regierungsprogrammen um den *Sozialismus* geht – unter diesem Titel tritt seit der französischen Revolution jede Politik auf, die an der gerade praktizierten etwas ändern will. Schon die Attribute – da gibt es einen afrikanischen, islamischen usw. Sozialismus – machen deutlich, daß auch im praktizierten Anti-Imperialismus die *Rettung der Nation* höher steht als die *Beseitigung des Elends*, das der Imperialismus mit Hilfe alter und neuer nationaler Souveräne täglich neu produziert. Ohne Geld und Waffen von mindestens einer imperialistischen Macht würde es nämlich keinen jener exotischen Potentaten mit seinem während des Studiums an der Sorbonne ausgedachten Befreiungsprogramm geben; die mehr oder minder geschickten Versuche, aus der Konkurrenz der imperialistischen Länder untereinander und mit der SU etwas herauszuschlagen, enden mit einer unabhängigen Republik, die ganz und gar davon abhängt, wie sehr ihre neuen und gefeierten Führer sie brauchbar machen. Leider verringert sich diese Abhängigkeit auch nicht durch ihre Streuung, die für die andere Seite sehr wohl von Vorteil ist. Und bei zu großen Ansprüchen wird da schnell ein Putsch inszeniert, der klarstellt, daß die „Entwicklungsländer“ eben ihrem Begriff nach *Mittel des Weltmarkts* sind. (Umgekehrt ist es auch nicht bei den Erdöl-Imperien: unfähig, das Öl selbst zu fördern und es zu nützen, werden sie vom Kapital finanziert, um brauchbar zu bleiben – und für übertriebene Ansprüche hat Amerika sogar eine extra Kampftruppe.) Auch die „fortschrittlichen Kräfte“ liefern an allen Ecken der Welt den Beweis dafür, daß ein Programm der *nationalen Befreiung* auf Grundlage einer weder kapitalistisch noch sonstwie entwickelten Ökonomie, unter zynischer Verwendung von billig gedungenen Massen (die weder wissen, wo Moskau noch wo New York liegt), einen Widerspruch darstellt, der sich in Leichen und sonst nichts ausdrückt – zumal die SU weder willens noch

ökonomisch in der Lage ist, um etwas anderes mit dem Imperialismus zu konkurrieren als um Einflußsphären. Politische Herrschaft in „Entwicklungsländern“ zwingt das niedere Volk unter Lebensbedingungen, die erforderlich sind, um die *N a t i o n* als Mittel des *I m p e r i a l i s m u s* zu erhalten, woraus sich auch der eigentümliche Charakter der Politik in solchen Staaten ergibt. Und danach, was die Regierungen in dieser Hinsicht leisten, werden sie von den Metropolen aus beurteilt, geduldet, unterstützt oder beseitigt. Schließlich wird der *Export* des Produktionsverhältnisses, welches *Kapital* heißt, dadurch lohnend, daß die politischen Verhältnisse sämtliche Produktionsbedingungen *b i l l i g* machen. Bei der Ware Arbeitskraft bedeutet dies, daß das historische und moralische Element, das ihren Wert hierzulande für die Kapitalisten so unangemessen hoch macht, durch die Staatsgewalt gar nicht erst zugelassen wird. Nach der Zerstörung der alten Produktionsweise hat ein Kampf um zivilisatorische Tendenzen nicht stattzufinden, und die Staatsgewalt hat sich darauf zu konzentrieren, die Garantie des Eigentums, den Schutz der Anlagen, die persönliche Sicherheit der Gäste usw. zu garantieren. Sonst verschlechtern sich die Beziehungen ...

**e) „entwickelte Länder“: Internationalisierung der Akkumulation – Konkurrenz und Bündnisse**

Die Gegensätze zwischen Nationen mit entwickelter kapitalistischer Produktionsweise eröffnen da schon andere Perspektiven: der Weltmarkt *i s t i h r M i t t e l*, und als Handelspartner schätzen sie sich wegen der Produkte ihres *Kapitals*. Die Überwindung von Schwierigkeiten eines Landes mit seiner Zahlungsbilanz ist daher eine Frage der effektiven Anlage von Kapital, und das Interesse an Veränderungen in der Produktion existiert auch beim Partner mit Überschüssen. Ihm liegt nichts daran, daß die vergeigte Währung der anderen Nation den Außenhandel unmöglich macht, die „gewonnenen“ Devisen dienen nicht der Vermehrung seines Kapitals, sondern werden immer niedriger gehandelt. *Übereinstimmung* besteht also zwischen imperialistischen Nationen darüber, daß jede vom Gelingen der Akkumulation beim Partnerland abhängig ist; von der *Stärkung* der konkurrierenden Nationalökonomien gilt es zu profitieren statt sie unbrauchbar für den Welt-

handel zu machen. Imperialistischen Ländern liegt einiges daran, ihre nationalen Märkte von den Schranken zu emanzipieren, die sie dem Wachstum des Kapitals setzen, solange Geld und Kredit nur als Mittel für den Austausch auftreten können. Die *Internationalisierung des Kapitalmarkts*, die Anlage von Kapital an jedem Punkt der nationalen Hoheitsgebiete, wo es der Vermehrung fähig ist, wird zum Hebel der *nationalen Akkumulation*. Gewinne, die im Land keine Anlagesphäre mehr vorfinden, erhalten sie außerhalb – und Produktivkräfte, zu deren Ausnützung das nationale Kapital nicht in der Lage ist, werden durch auswärtiges Vermögen erschlossen und profitlich entwickelt. Die Nationen bedienen sich der *Konvertibilität ihrer Währungen* und der politisch gesicherten *Scheidung von Eigentum und Arbeit*, um sämtliche *Faktoren* der Produktion für die *Expansion* des Kapitals *mobil* zu machen. Das Interesse am nationalen Wachstum verbürgt den gar nicht idyllischen Charakter dieser Kooperation, zu der die Staatsmänner mit ihrem wirtschaftspolitisch geschärften Verstand antreten. Der *Patriotismus des Kapitals* versöhnt sie in der Anstrengung, überall die besten Ausbeutungsbedingungen herzustellen – und er entzweit sie in dem Bemühen, die Früchte des Kapitals zur Stärkung i h r e s Staates reifen zu lassen.

Der Streit, an dem sich Politiker und Kapitaleigner ziemlich paritätisch beteiligen, erstreckt sich von vorneherein auf die *Realisierung* des Prinzips, das alle billigen; ebenso wie die Freiheit des Handels nur in Gestalt ihrer geregelten Bedingungen zur Welt kommt, gibt es den freien Kapitalmarkt nur als eine Liste national erwirkter *Kapitalverkehrskontrollen*. Ob nur *Portfolio-* oder auch *Direktinvestitionen* zulässig sind, will ebenso durchgesetzt sein, wie die Frage entschieden werden muß, was mit den Gewinnen geschieht, raus oder reinvestiert. Bei ihrer Teilung spielt die *Steuer* eine erhebliche Rolle, und was sich da ein Staat holen will, ist schon ein Kriterium für den *Standort* eines *multinationalen Unternehmens*. Die Trennung von Eigentum und Funktion desselben gestattet da zwar manchmal die Flucht in eine „Steueroase“, doch bleibt die Stätte der materiellen Produktion mit ihren Versorgungs- und Absatzbedingungen eben ein entscheidendes Moment in der nationalen Vor- und Nachteilsrechnung, ebenso wie das Verhältnis zu Schwester- und Tochterfirmen anderswo und ihren *Märk-*

ten. Die gegensätzlichen wirtschaftspolitischen Ambitionen führen da zu Übereinkünften bezüglich der Aufteilung des Einzugsgebiets wie von diversen Projekten, die gegeneinander aufgerechnet werden. Wo Konkurrenz als gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik ausgetragen wird, pflegen die Manager dieser *Integration* um der Durchsetzung in ihren wichtigen Streitpunkten willen auch einmal nachzugeben, wofür dann ein Teil ihres Volkes besondere Fortschrittsopfer bringen darf: der Bauernstand manchen europäischen Landes weiß zwar nicht, was gesamteuropäische *Agrarpolitik* ist, aber spüren tut er sie schon, die Folgen der Konzessionen, die da an die französische Nation gemacht wurden, um „sich auf anderen Gebieten schadlos zu halten. Besichtigt man die Opfer, die strategisches Vorgehen fortgeschrittener Nationen auf dem internationalen Kapitalmarkt hervorbringt, nach ihrer räumlichen Verteilung, dann weiß man auch, daß *Struktur- und Regionalpolitik* not tut. Durch die Mobilisierung des Faktors Arbeit hat z.B. die BRD brauchbare *Gastarbeiter*, und Anatolien bleibt wie der Mezzogiorno ein strukturschwaches Gebiet. Wo das Kapital international zu Werke geht, besteht es eben auch auf der freien Konkurrenz von Arbeitskräften verschiedener Nationen, welche den nützlichen Vergleich zwischen teuren und billigen Leuten gestattet. Die Anwerbung von Leuten, bei denen das historische und moralische Element ihres Wertes als Arbeitskraft nicht so ausgeprägt ist, belebt die Konkurrenz und diese wiederum das Geschäft enorm. Die anderen Arbeitskräfte haben auch etwas davon – sie dürfen mit ihrer Leistung um die Erhaltung besagten Elements kämpfen. Und wenn sie es anders tun, nämlich mit organisiertem Arbeitskampf, dann erteilen ihnen die internationalisierten Arbeitgeber den Bescheid, daß sich ihre Beschäftigung nicht lohnt. Auf das *politische Klima*, das die Staatsmänner bei sich zu Hause zu stiften in der Lage sind, kommt es bei den Investitionsentscheidungen durchaus an – es wird zum Faktor der Kalkulation, weshalb das Gedeihen von *Bündnissen* auf der Grundlage eines funktionierenden Kapitalmarkts häufig mit Erpressungen einhergeht, welche die Einbeziehung der Gewerkschaften erforderlich machen und die innenpolitische Linie der beteiligten Regierungen korrigieren.

Nicht einmal in Fragen, die am ehesten eine friedliche Abwicklung vermuten ließen, bleibt der Hader aus: sicher, der Einstieg in den internationalen

Kapitalmarkt eröffnet ein *einvernehmliches Vorgehen* der imperialistischen Bündnispartner *gegen Dritte*, doch will der eine gewisse Vorteile im Verkehr mit seinen Ex-Kolonien wahren, und der andere möchte auf eine Kooperation mit der außerhalb stehenden Großmacht nicht verzichten. So machen einerseits die multinationalen Konzerne gewaltige Fortschritte in der Expansion ihres Geschäfts, und andererseits läßt manches große „Eini-gungswerk“ noch zu wünschen übrig. Die *politische Integration* hat eben die Verlaufsform, die ihr als einem Gegeneinander von ökonomisch abhängigen Staaten ziemt, die ihre *Souveränität* in wirtschaftlichen Gewinn umsetzen wollen. Da steht die „effektive Entscheidungshoheit“ einer supranationalen Institution noch stets gegen die „Wahrung der jeweiligen Eigenverantwortlichkeit“, und wenn um die *einheitlichen* juristischen Normen des Geschäfts, um *gemeinsame* Wirtschafts-, Sozial-, Finanz- und Agrarpolitik gerungen wird, so ist es noch stets eine Frage der *Macht*, der ökonomischen wie der anderen, welche „Konzeption“ die gemeinsamste wird. Immerhin hat man es beim avanciertesten Bündnis zwischen imperialistischen Ländern schon zum institutionalisierten Erpressungsgespräch auf einigen „Ebenen“ gebracht, so daß alle Beteiligten stets erfahren, welche Ansprüche sie gewärtigen müssen und welche sie mit wessen Hilfe durchsetzen können. Daß der Europa-Zirkus als Streit auch um die Funktionen und *Kompetenzen* der entsprechenden Abteilungen stattfindet, ist logisch und verwundert nur die Idealisten des europäischen Patriotismus, die meinen, eine Wahl in neun Nationen widerspreche dem imperialistischen Streben, eine Großmacht zu werden.

#### **d) Die imperialistische Nutzung des „realen Sozialismus“**

Die Staatshandelsländer sind mit ihrem Außenhandel weder Mittel der kapitalistischen Industrienationen noch sind sie in der Lage, den Weltmarkt zu ihrem Mittel zu machen. Sie brauchen ihn zur Aufrechterhaltung ihrer Produktionsweise, ohne ihn als Hebel ihrer Akkumulation einsetzen zu können. Das eröffnet den imperialistischen Nationen die Perspektive, dem Ostblock gegenüber die Bedingungen klarzustellen, unter denen ihm seine eigentümliche Art des Außenstehenden gestattet wird.

Die Kritik gilt sowohl dem Unwillen als auch dem Unvermögen, sich als

lohnender Handelspartner zur Verfügung zu stellen. Wenn der Staat schon sein Außenhandelsmonopol nicht aufgeben will und die Unternehmen nicht nach ihren Rentabilitätsabwägungen auf dem Weltmarkt agieren läßt, also auch keine konvertible Währung schafft, so soll er sich wenigstens bemühen, seine Devisenbeschaffung durch ein *brauchbares Warenangebot* zu bewerkstelligen. Dem Imperativ, sich gefälligst als anständiger Handelspartner zu bewähren, wird Nachdruck verliehen, indem Kreditspielräume eingeengt, Kontingentierung und Zoll zur Beschränkung mißliebiger Einfuhr angewandt werden – und zugleich befließigt man sich eines Angebots, das die Länder des Ostens, die Sorgen mit ihrer Produktivität haben, nicht leichtfertig ausschlagen; die imperialistischen Länder offerieren großzügig *Mittel zur Effektivierung der Produktion*, wobei sie gekonnt mit den Schwierigkeiten der einzelnen Ostblockstaaten kalkulieren, die im Rahmen der „sozialistischen Arbeitsteilung“ entstanden und nicht lösbar sind. Die daraus entstandene „Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen“ zwischen Ost und West nimmt Formen an, die kundigen Beobachtern der Szene schon die „Reintegration“ des Ostens in die Weltwirtschaft verheißen, die mit der „Desintegration“ des RGW ihren Auftakt nimmt.

*Investitionsgüterimporte* und Erstellung von Produktionsanlagen in *Lizenz* sind die peinliche Antwort des realen Sozialismus auf die „technologische Lücke“, und weil Produkte wie der süße Lada auch nicht gerade zum Renner ausarten, läßt man sich auf vertraglich fixierte Lieferung von *Roh- und Halbfertigwaren* ein, so daß bei vereinbarten Preisen die Deviseneinnahmen direkt proportional zum Lohn-Leistungsverhältnis an den neuen Produktionsmitteln steigen oder fallen. Derselbe internationalistische Gebrauch von slawischen Arbeitskräften kommt in den *Lohnveredelungsabkommen* zur Geltung, wobei sich die östliche Seite mit der nebenbei erfolgenden Vermittlung von *know-how* trösten kann. Die Bezahlung dieser seltsamen Ware ist übrigens in all diesen über den bloßen Warenverkehr hinausgehenden Transaktionen fällig, auch wenn sie *betriebliche Kooperation* heißen, durch die ein Außenhandelsmonopolist Devisen spart und sich einbilden kann, gut zu fahren, weil er den Vertrieb des gemeinsamen Produkts über die Absatzmärkte des Partners aus dem freien imperialistischen Westen gesichert bekommt. Bisweilen wird ihm nämlich bedeutet, er solle das mit

Lizenzanlagen hergestellte Zeug innerhalb des RGW verkaufen – was angesichts der dort herrschenden Marktgepflogenheiten immer ein wenig schwer fällt. Devisen werden selbstverständlich auch gespart, wenn ein sozialistisches Land *Direktinvestitionen* zuläßt, weil die nämlich überhaupt nix kosten, sondern lediglich Land und Leute dem ersprießlichen Wirken auswärtigen Privateigentums anheimstellen.

Angesichts der positiven Folge der Zusammenarbeit mit dem Kapital, seinen nationalstaatlichen und internationalistischen Agenturen – immerhin erhält der Außenhandelsmonopolist sich am Funktionieren – sind die negativen Ergebnisse offenbar nicht mehr von großer Bedeutung: mag die EWG, die im Osthandel die Initiative ergriffen hat, ein imperialistisches Bündnis sein, das dazu noch ein Instrument des westdeutschen Chauvinismus und Revanchismus darstellt; mögen alle Konditionen, die einem abgehandelt werden, Zeugnisse für die unlautere Behandlung der sozialistischen Staaten im friedlichen ökonomischen Wettbewerb sein – solche Urteile gehören in die Redaktionsstuben der revisionistischen Zeitungen und wissenschaftlichen Organe. Die Vorbehalte, die von seiten der außenwirtschaftlichen Unterhändler jedes einzelnen RGW-Staates angemeldet und praktiziert werden, natürlich immer entsprechend der konkreten Analyse ihrer konkreten Situation, können auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich der Imperialismus an der *Zerstörung ihrer Produktionsweise* zu schaffen macht. Der dankt es ihnen, indem er über die Widerspenstigkeit der östlichen Staaten klagt den Comecon fröhlich zu seiner faktischen Auflösung hintreibt und ganz öffentlich die Zuverlässigkeit der slawischen Vertragspartner, die billigen Löhne und die politische Stabilität der kooperativen Staaten hinter dem eisernen Vorhang lobt, natürlich ohne den Hinweis zu vergessen, daß es sich immer noch um kommunistische Staaten handelt, denen letztlich nicht zu trauen ist. Daß Schmidt, Krupp & Vetter doch Vertrauen haben, zeigen sie allerdings auch: gemeinsam mit ihren östlichen Freunden wagen sie *joint ventures* für und in Drittländern, nennen sie Entwicklungshilfe und empfehlen den Meistern im Kreml, denen auch bei solchen Unternehmungen die Bereinigung ihrer Devisensorgen nicht gelingen will, mehr von ihrer billigen Arbeitskraft und ihren Bodenschätzen, energiespendenden zumal, für die Kooperation mit dem Westen be-



reitzustellen – nachdem schon die Sache mit persischem, also fremdem Erdgas so gut klappt. Die schwierigen Exporterlöse bleiben also schwieriger, je weiter die internationale Zusammenarbeit fortschreitet; den Kleinen im RGW allerdings bietet sich die einmalige Chance, Wachstum nachzuholen, wenn sie ihr verstaatlichtes Proletariat für die Emanzipation von der SU verheizen. Und die SU kann sich überlegen, ob sie aus ihrem „transferablen Rubel“, einer mickrigen Ostblock-Verrechnungseinheit, auf Kosten ihrer werktätigen Massen eine konvertible Währung macht. Denn trotz aller Aufweichung muß man sagen, daß ein gescheiter Kapitalmarkt jenseits noch nicht existiert.

#### e) Der Weltmarkt als Kapitalmarkt der Weltmacht Nr. 1

Die Herstellung eines internationalen Kapitalmarktes wirkt auf alles andere hin als auf die Realisierung des Ideals von der ausgeglichenen Handels- und Zahlungsbilanz. An dieses Ideal müssen sich jedoch die Nationen halten, die zeitweilig oder überhaupt vorn internationalen Kapitalmarkt nur *betroffen* sind, ihn aber nicht *gestalten*, um sich vom Handel und seinen Wirkungen zu emanzipieren. Nur ganz tüchtige Nationen, bei denen der Kapitalexport als Passivum figuriert, werden der Unausgeglichenheit daheim und auswärts gelassen Herr. Die Probleme, die der wirtschaftspolitische Idealismus im Streben nach Ausgleich gewahrt, bewältigen diese Staaten, indem sie den Standpunkt ihrer Leistungsbilanz gegen andere durchsetzen, also ihr nationales Kreditgeld überall in Kapital verwandeln. Dies geht allerdings nur, wenn die Konkurrenz „überwunden“ ist, also durch den gelungenen Übergang von der ökonomischen Konkurrenz zum direkten Vergleich der Souveräne. Der Sieger dieses Vergleichs ist in der Lage, den Weltmarkt zu *ordnen*, indem er ihn als seinen *Kapitalmarkt wiederherstellt*. Dieser Begriff des Imperialismus ist seit 35 Jahren keine Utopie mehr, weshalb aus den Reihen der Nationen, die über ihren Kapitalimport wieder zu Konkurrenten, potenten Bündnispartnern und auch Kapitalexporteurern geworden sind, manch böser Vorwurf laut wird. Der Verfall des *Dollarurses* (der nicht der des *Dollars* ist) ruft das Verlangen nach einer „neuen Ordnung“ des Weltmarkts hervor – so als wäre der jemals ordentlicher gewesen als heute. Undank ist der Welt Lohn!

**f) Neue Kriterien für die Gliederung der Staatenwelt**

Die *Gliederung der Staatenwelt* ergibt sich, weil es beim Weithandel eben um die Expansion nationalen Kapitals geht, aus den *S c h r a n k e n*, die ein Staat diesem Anliegen setzt. Armut ist hier keine Schande, sondern eine Geschäftsbedingung, so daß den Staat, der sie verwaltet, kein Vorwurf trifft. Sein Land ist eben *unterentwickelt*, und die Entwicklungshilfe hält es bei der Stange. Wenn sich allerdings dunkelhäutige oder auch schwächer pigmentierte Politiker einbilden, nützliche Entwicklungshilfe für sich verlangen zu können, fallen sie aus der Rubrik *Dritte Welt* zwar nicht heraus, aber in eine speziellere hinein – *pro westlich* sind sie dann nicht mehr, meist noch nicht einmal *blockfrei*, denn eine den Fortschritt des Kapitals hemmende Politik kann nur dem Hauptfeind des Weltmarkts zugeschlagen werden, der sich zwar ökonomisch aufreiben läßt, aber stets ungehörige Anstalten dabei macht. Die *kommunistischen Staaten* erfreuen sich einer Sonderstellung, ihre Sorte Herrschaft wird anerkannt und kritisiert zugleich, wobei sogar die Differenz zwischen Volk und Staat entdeckt wird, die bei den Unterentwickelten nur in Zeiten des unausweichlichen Umsturzes, also der Neuregelung von Herrschaft und Außenpolitik zum Vorschein kommt. Der Gegenspieler des Kommunismus ist der *freie Westen*, zu dem jeder Staat gehört, wo sich das Kapital unter amerikanischer Mitwirkung also zwanglos tummelt. Der freie Westen ist zwar, gemessen an den wilden Sitten, die in ihm herrschen, auch eine *A b s t r a k t i o n* von den Gegensätzen, die ihn beleben – aber eine mit Realität, soweit der Unterschied und Gegensatz zum Rest der Welt zur Debatte steht. Es gibt eben diese nützliche Gemeinsamkeit feindlicher Brüder tatsächlich, auch wenn in bilateralen Beziehungen zur dritten und zweiten Welt jede Menge Abstriche an den gemeinsamen Interessen vorgenommen werden; die Abhängigkeit *bringt* Vorteile und der letzte Weltwirtschaftsgipfel hat in Tokio stattgefunden. Die Einmischung in die innenpolitischen Angelegenheiten gehört zum Alltag der Außenpolitik, weil sich jede Kritik in ein *e x i s t e n t e s* gemeinsames Anliegen auflöst und nicht bloße Ideologie darstellt. Der wechselseitige Nutzen stellt sich ein, Kritik bezieht sich auf sein *M a ß*, während anderwärts schon einmal die Menschenrechte zur Sprache kommen; im Osten gibt es sie seltsamerweise prinzipiell nicht, in den unterentwickelten Ländern sind sie gelegentlich eine Ermahnung und zwei Fernsehreportagen

wert. Doch ist die Aufteilung der Welt ja keine ideologische Veranstaltung.

### **g) Historisches**

Die Reproduktion eines Gemeinwesens läßt sich fremdem Eigentum, auswärtigen Interessen nur unterwerfen, wenn die Herrschaft dort selbst ein Interesse an der Zerstörung der überkommenen Produktionsweise hervorbringt. Dazu mußte in der Regel einiges unternommen werden, gewöhnlich alle zu § 2 f) gehörigen Großtaten der kolonialen Ära. Eigentlicher Export des *Produktionsverhältnisses* liegt in der Vorgeschichte des Imperialismus in der Besiedlung Nordamerikas vor. Die Arbeitskraft der Auswanderer machte sich dort nach der Landnahme nicht nur durch ihre entsagungsvolle Verausgabung bemerkbar: Vertreibung und Ausrottung der Indianer, die bei der Jagd bleiben wollten, sowie der Import von Sklaven für Plantagenarbeit bezeugen, daß die *Freiheit des Privateigentums* der eigentümliche Exportartikel der Siedler gewesen ist. Und der ist nichts, wenn man selber für sein Eigentum arbeiten muß; also standen ein Paar originelle Abwandlungen der ursprünglichen Akkumulation an, und nach der gewaltsamen (Herbei-)Schaffung von exploitierbarem Menschenmaterial war die Gründung eines selbständigen Staates den Beteiligten ein Herzensanliegen. Sein Reichtum gestattete es diesem Staat, für sich und gegen andere zu akkumulieren.

### **h) Ideologien über den kapitalisierten Globus**

Der Hindernisse für die imperialistische Verwendung allen Produzierens auf dem Erdball gibt es so viele wie es souveräne Staaten gibt. Dieses Ärgernis bildet den Ausgangspunkt für alle idealistischen Vorstellungen über die Kapitalisierung des Globus. Im Namen der internationalen Zusammenarbeit wird jedem Anflug von Selbstbehauptung in der Staatenwelt der verachtungswürdige Nationalismus vorgerechnet, während sich der Nationalismus, der sich gerade im Geschäft und in den Bündnissen durchsetzt, als die Krone der internationalistischen Gesinnung feiert. Die Amerikaner machen gleich gar keinen Unterschied mehr zwischen ihrer Verfassung, den Menschenrechten, dem Kapitalmarkt bei sich und anderswo und dem Fortschritt. Wir hingegen sind Europäer, die „*ungleichmäßige Entwicklung*“ und das

„Nord-Süd-Gefälle“ treiben uns zu stets neuen Dialogen an, denen sich andere nur zögernd verpflichten, wenn sie sich nicht ganz abweisend verhalten. Dabei wäre fortgeschrittene *Integration* doch zu unser aller Bestem, was mit Büchern bewiesen wird, deren Titel schon alles sagen. „Le défi américain“, „The European Revenge“, „Politik für Europa“ muß gemacht werden, aber mit den USA bitteschön, und Europa ist größer als die EG. Klar, daß Mandel und die linke Gemeinde da nicht abseits stehen können, denn eine „sozialistische Alternative“ braucht der Imperialismus unbedingt. „Supermacht oder Partner?“, so wird das europäische Bündnis befragt, und die Konkurrenz ums Öl, mit dem man die anderen ausbooten will, erheischt neben bilateralen Sonderabkommen gemeinsame Sprüche, in denen den Ölscheichs ihre Modernität und ihr Realismus bestritten wird – als ob es die ohne den Imperialismus überhaupt gäbe. Die multinationalen Konzerne will keiner gerne, weil sie nicht national sind, so daß man sich fragt, wer denn diesen treulosen Tomaten eigentlich zur Existenz verholfen hat. Die Gewerkschaften sogar entdecken an ihren auswärtigen Kollegen schädlichen Nationalismus und freche kommunistische Neigungen, weswegen sie ihre Funktionäre gleich ins Reisegepäck der Politiker stecken. Gemeinsam mit diesen halten sie ihren Mitgliedern daheim die guten und schlechten Eigenschaften des auswärtigen Proletariats vor Augen. Japaner sind genügsamer, daher ihre Wirtschaft konkurrenzfähiger, andere streiken zu viel und bringen ihren Staat in die Klemme, so daß es ihnen ganz recht geschieht, wenn sie nichts zum Beißen haben. Als ginge es den Ideologen um die Imitation von Wakefield, entdecken sie auswärts ein Prinzip nach dem anderen, welches die einheimische Produktionsweise regiert. Süffisant vermerken sie das Funktionieren staatlicher Gewalt, welches Anlagen so sicher und lohnend macht, selbst im Osten; demokratischer Klimbim wird begrüßt oder in Zweifel gezogen, je nachdem er dem vorrangigen Ziel wirtschaftlicher Stabilität dient oder schadet. Auch hier sind wieder Linke zur Stelle und pochen auf die Unvereinbarkeit von Imperialismus und Demokratie, und letztere möchten sie noch dem letzten Neger schenken. Wo sich die Demokratie als die funktionelle Herrschaftsform auch für das Vorgehen nach außen bewährt, ist sie keine echte; wo sie, weil dysfunktional, gar nicht erst zustandegekommen wird, geht es ausschließlich um sie, denn die auswärtigen Herrschaften sind *Marionetten*, also gar nicht Diener von Nation und

Volk. Wo die vom Imperialismus produzierte Armut am größten ist, entwickeln Akademiker aller Grade Entwicklungsmodelle, die manchmal ganz ohne Industrie und mit viel Drecksarbeit auskommen. Immer nach dem Motto: wie ginge echte Entwicklungshilfe? Parteigänger finden sie auch bei Freiheitsführern aus der „Dritten Welt“, die aus der Rückständigkeit der Produktionsweise lässig ein kulturelles Gütesiegel ableiten. Staaten, von denen ein normaler Bürger ebenso wie die Linken nie Kenntnis nehmen, werden in dem Augenblick, da es kracht, zum bevorzugten Thema von allerlei Komitees, die die Wachablösung ausländischer Herrschaft prinzipiell für eine *Revolution* halten und sich von dieser Annahme weder durch Soares, Arafat oder Khomeini abbringen lassen. Von der falschen Kritik am realen Sozialismus, der nach allgemeiner Übereinkunft der Demokratisierung bedarf, ganz zu schweigen. Die politischen Ideale des Bürgertums scheinen selbst da recht schwer durchschaubar zu sein, wo sie unmittelbar der freien Bewegung des Kapitals das Wort reden. Als ob nicht schon manches klar wäre dadurch, daß als *S u b j e k t* der internationalen Beziehungen Figuren auftreten, die daheim mit ihrem Volk nicht gerade zimperlich umspringen. Die Differenzen im Preis, den die Lohnarbeit in den verschiedenen Gegenden des Weltmarkts erzielt, sind dafür immer wieder ein linker Anlaß, die Proleten der kapitalistischen Industrieländer mit dem Vorwurf zu beglücken, sie seien eine *Arbeiteraristokratie*, die sich auf Kosten ihrer Klassenbrüder im Tschad bereichere und an der Pauperisierung anderer teilnehme. In keiner anderen „Theorie“ haben Linke deutlicher dargetan, daß sie von Ausbeutung, ihrem Subjekt wie ihrem Material, keine Kenntnis nehmen wollen. Deshalb halten sie auch die modernen Formen der Armut für ein Mittel der *B e s t e c h u n g* und die Verhungerten dieser Welt bedenken sie mit der Rolle des „revolutionären Subjekts“, streng nach der Klassenbewußtseinsformel, in der die fortschrittliche Gesinnung quadratisch mit dem erduldeten Elend wächst...

## § 4

**Die Emanzipation der politischen Gewalt vom Geschäft,  
das sie sichert: Militär – Diplomatie – Krieg**

*Jeder* Schritt imperialistischer Politik besteht entsprechend ihrem Ziel, der eigenen Nation die Produktion von Reichtum auch unter fremder Herrschaft dienstbar zu machen, in einer Schädigung des Interesses anderer Staaten. So wenig sich die Außenpolitik um die *Opfer* bekümmert, die ihre Durchsetzung auf dem Erdball bewirkt, so sehr ist ihr daran gelegen, mit dem Aufbegehren derer fertig zu werden, die über eine *Staatsmacht* verfügen, also über einen *Gewaltapparat*, ohne den die Ausbeutung der Menschheit an keinem Punkt der Erde zu machen ist: So wie die Aufteilung der Welt unter selbständige Souveräne ein Resultat von Kriegen ist, bedarf der im Weltmarkt praktizierte Kosmopolitismus der *militärischen Gewalt* zur Absicherung seiner Erpressungsmanöver, gehört zur Souveränität die Vorbereitung auf den Krieg. Jeder Staat hält sich um des Friedens der Konkurrenz willen eine Streitmacht, d.h. er trägt der Verletzung seiner außenpolitischen Interessen, die immer droht, dadurch Rechnung, daß er einen beträchtlichen Teil seines Reichtums für das Kriegshandwerk zur Verfügung stellt und von einem noch viel beträchtlicheren Teil seiner Bürger verlangt, sich im Ernstfall für die Nation zu opfern.

Dabei verfährt der imperialistische Staat jedoch nicht leichtsinnig im Umgang mit seinem Kriegspotential: die internationale *Diplomatie* sondiert beständig den Grad der Gefügigkeit bei sämtlichen Haupt- und Nebenfeinden, bemüht sich um kurz-, mittel- und langfristige *Bündnisse* politisch-militärischer Natur. In Organisationen wie der *UNO* erlebt sie ihre Höhepunkte: neben konsequenten Massenvernichtungseinsätzen in der „Dritten Welt“, die stets ein gewisses Einvernehmen seitens der Hauptfeinde notwendig machen, pflegen sich die mehr oder minder Mächtigen dieser Welt organisiert Auskunft zu geben über das Maß verspielten und erwünschten Vertrauens. Debatten, Abstimmungen und Resolutionen signalisieren den einzelnen Nationen die internationale Lage, vollzogene wie angepeilte Entscheidungen und Zusammenschlüsse, wobei die Ungenauigkeiten der diplomatischen Auskünfte durch die Abteilung *Spionage* berei-

nigt werden. Das Prinzip aller Communiques und Händel heißt zu Recht *Nicht-Einmischung*, weil jeder Einmischung, zumal in „vitale Interessen“, die Anwendung des für diesen Fall unterhaltenen Gewaltapparats auf dem Fuße folgt.

Sicher, in den geordneten Verhältnissen unseres heutigen Imperialismus kann nicht jeder Staat unliebsame Beschränkungen seines Erfolgs mit einer Kriegserklärung beantworten, die nötigen Ententen in die Wege leiten und losschlagen. Es ist eben Sache der Weltmacht Nr. 1, alles, was sich auf der Welt ökonomisch und politisch bewegt, am Zweck der Weltordnung, die sie geschaffen hat, zu messen, den Grad der Bedrohung einzuschätzen und angemessen zu reagieren – und zwar auch ohne Kriegserklärung und zweifelhafte Bündnispartner. Diese Aufgabe erfordert militärische Mittel, welche Überlegenheit zu jeder Zeit an jedem Ort garantieren. Der *Maßlosigkeit* ihres Kriegsprogramms werden die USA durch die Atombombe, die sie mit Hilfe ihrer Raketen an jedes Ziel befördern können, gerecht – freilich nur in *Ergänzung* zu den konventionellen Streitkräften und Waffen, die für *relative Bedrohungen* ihrer Interessen weiterhin zuständig bleiben, weil die *absolute Vernichtung* in solchen Fällen den Zweck der globalen Friedenssicherung gar nicht erfüllen würde. Umgekehrt taugt auch die absolute Waffe gegen eine absolute Bedrohung nur bedingt, da sich ein solcher Gegner die entsprechenden Geräte selbst zulegt. Diese Logik ist ebenso in die Tat umgesetzt worden wie die anderen Kalküle imperialistischer Außenpolitik: auf die amerikanische Drohung mit der allzeit fälligen Zerschlagung des Ostens hat die UdSSR reagiert, und seitdem gibt es einen *Rüstungswettlauf*, einen Beitrag der europäischen Partner zur Wahrnehmung der freiheitlichen Interessen (NATO) und *Abrüstungsgespräche*, in denen um die Sicherung, einer effektiven Kriegsführung gestritten wird. Die Sicherheit, die hier der Menschheit geboten wird, ist nur die eine: Vernichtung steht stets auf der Tagesordnung...

So sehr liegt den heutigen Protagonisten des Imperialismus an den *Bedingungen ihres Geschäfts*, daß sie einen ansehnlichen Teil des Reichtums von Freund und Feind auch einmal *vernichten*, wenn er sich wegen der politischen Hindernisse seiner *Vermehrung* nicht mehr zuführen läßt: die Emanzipation der Politik vom Profit, für den sie gemacht wird, ist eben eine

Geschäftsbedingung, und Kriege sind daher immer wieder fällig, auch als *Weltkrieg*.

#### a) Die Notwendigkeit des Militärs

Die lateinische Frechheit „*si vis pacem para bellum*“ wird von jedem modernen Staat beherzigt. Denn die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen ist den Politikern wohlbekannt. Ihr Kontakt mit den Personifikationen fremder Souveränität hat schließlich keinen anderen Zweck als den, die Anliegen der eigenen Nation *m i t Z u s t i m m u n g* der anderen durchzusetzen, *o b w o h l* diese dabei manchen Nachteil in Kauf nehmen müssen. Die Ersetzung dieses „*obwohl*“ durch „*weil*“ sei hier einmal explizit vorgenommen: die Verhandlungen zwischen Staaten, ihr Feilschen um Kompromisse und der dann ratifizierte Vertrag haben bestimmte ökonomische Leistungen beider Seiten zum Inhalt, deren Vollzug nur durch den *Willen* des fremden Souveräns garantiert wird. Dessen Zustimmung, die sich keineswegs einfach aus dem positiven Urteil über die Gegenleistung ergibt, ist von vornherein ein *Ersatz für Gewalt*, die man *w e g e n* der existenten politischen Herrschaft außerhalb des eigenen Hoheitsgebiets nicht einfach einsetzen kann. Der „*ewige Friede*“ ist freilich deshalb noch lange nicht in Sicht, denn soviel stimmt am Gerede von der Abhängigkeit der Staaten – weltweit – voneinander und von den USA als dem Weltpolizisten, daß die Aufkündigung der Brauchbarkeit seitens einer Nation die Interessen der anderen tangiert – und eine solche Verletzung der „*lebenswichtigen Interessen*“ bedarf zu ihrer Verhinderung der *Drohung* mit, zu ihrer Korrektur der *Anwendung von Gewalt*. Dabei gilt es, die Drohung möglichst effektiv zu gestalten, damit die Anwendung Überflüssig wird – denn *d i e* widerspricht unmittelbar den ökonomischen Zielen, die eine imperialistische Nation verfolgt. Ein *Krieg* vermehrt nicht ihren Reichtum, sondern mindert ihn unmittelbar, weshalb die kalkulierten *faux frais* der Drohung vorgezogen werden, weil sie *M i t t e l* der Vermehrung von Kapital *s i n d*.

Nicht mehr um zu erobern, sondern zur Beseitigung politischer Hindernisse, die er durch sein weltweites Wirken selbst provoziert, hält sich der imperialistische Staat ein *Militär*. Die *Waffen der Konkurrenz*, die die ökonomische Grundlage anderer Staaten mindern und ruinieren, beruhen auf der *Konkurrenz der Waffen*; die Überlegenheit in der Anwendung von *Gewalt* gegen



das fremde Volk, das Mittel, dessen Reichtum zu vernichten, beugt den Willen des fremden Souveräns, bringt ihn dazu, sich in den Abhängigkeiten einzurichten, die ihn schwächen. Und zur Erhaltung seiner Souveränität im Rahmen der Erpressung ebenso wie zum druckvollen Umgang mit seinesgleichen hat auch jeder kleinere Potentat seine Wehrmacht. Insofern ist also das Militär tatsächlich „für den Frieden“ da, als es den Krieg, die gewaltsame Übernahme der Herrschaft über ein anderes Volk als *Verfahren der Bereicherung* einer Nation ausschließt. Daß damit für kriegerische Unternehmungen kein Grund mehr besteht, glaubt niemand – der Wille zum Frieden, um den so viel „gerungen“ wird, ist schließlich der zur Durchsetzung ohne den Einsatz der Gewalt, solange es ohne geht ...

### **b) Zum Soldatenhandwerk**

Während die gewöhnliche Politik in Demokratien *d e l e g i e r t*, in Diktaturen und im Staatssozialismus *a k k l a m i e r t* zu werden hat und denen überlassen ist, die Herrschaft verantwortlich auszuüben verstehen, ist für ihre kriegerische Fortsetzung der ganze Einsatz des Volkes gefragt, nicht nur die läppische Finanzierung. Im *Soldatenhandwerk* und schon in der Ausbildung für dieses Gewerbe hat der einfache Mann zu beweisen, daß er um seines Staates willen zum *Einsatz seines Lebens* bereit ist, wenn er Ausländer umbringt. Die Abstraktion von allem, was Inhalt seines Willens ist, hat er zu vollbringen – nur eines darf ihn noch interessieren: die *Behauptung seines Staates*. Für den Soldaten gilt tatsächlich die Charakterisierung des Krieges als Zustands, „in welchem mit der Eitelkeit der zeitlichen Güter und Dinge, die sonst eine erbauliche Redensart zu sein pflegt, Ernst gemacht wird“ (Hegel), er muß für die Sache der Nation *j e d e s* Opfer bringen. Selbstverständlich bedarf es bei einem mit Willen und Bewußtsein begabten Vieh, das ein moderner Mensch nun einmal ist, des Trainings für den Ernstfall: denn selbstverständlich ist die geforderte Leistung nicht. Gewöhnung an *Gehorsam* ohne den leisesten Gedanken an das Wozu tut not. Wer überlegt, was er davon hat, zieht Befehle in Zweifel, statt sie auszuführen. Deshalb sind die Schleiferei beim Barras, die Kasernierung und die Beschränkung der Bezahlung dieses Dienstes auf Kriegs-Beamte, die dann auch zurecht Vorgesetzte werden, schon das Richtige. S o lernt

man die formelle Tugend, den Gebrauch des eigenen Willens höheren Instanzen zu überlassen. Daß dabei die Individualität etwas verroht, in den Kasernen Anerkennung sich, außer über „Kameradschaft“, d. h. die widerliche Kumpanei der gemeinschaftlichen Scheiße, übers Saufen und die Darbietung der säuischsten Sprache herstellt, darf ebenfalls als adäquate Vorbereitung auf den Kriegsfall gelten. Wenn aber in einer, Gesellschaft, die sich der Mündigkeit' und Selbstverantwortung' ihrer Bürger rühmt, besondere Grade der Verwehrlosung an die Öffentlichkeit dringen, muß einiges an Propaganda aufgewandt werden, um den Eindruck zu erwecken, Soldat sein schließe faschistisches Gebaren auf keinen Fall notwendig ein. Im politischen Unterricht erfahren die Soldaten, daß sie im Namen der Demokratie töten lernen, also keinesfalls wie im Faschismus mit ihrem Gehorsam m i ß braucht werden. Die Konflikte zwischen den Idealisten des demokratischen Zaubers und der militärischen Ausprägung des abstrakt freien Willens sind also schon lösbar, zumal ja sowieso keiner meint, daß in einem Infanteriebataillon Abstimmungen am Platze sind. Das Problem mit den skrupulösen Jungbürgern, die nicht zur Waffe greifen wollen, erledigt eine Demokratie unter voller Achtung vor dem Gewissen der Verweigerer. Sie läßt sie per Ersatzdienst beweisen, daß sie noch größere Opfer für die Allgemeinheit zu bringen bereit sind, also auf ihre Weise zur Fahne stehen. Sicher, andere Staaten haben es mit der praktischen Übung des Erlernten einfacher: das Land mit seiner Leitwährung, weil es öfter mal einen begrenzten Krieg führt, und die Entwicklungsdiktaturen, weil bei ihnen das Militär bei der Kontrolle der Armut an den eigenen Staatsbürgern zeigen kann, wozu es fähig ist.

#### c) **Diplomatie: Verlaufsformen internationaler Handlungsfähigkeit – UNO**

Mit einer kampfbereiten Wehrmacht samt dem dazugehörigen Gerät können Staatsmänner um den Frieden ringen: das Militär versetzt sie in den Zustand der *Handlungsfähigkeit*, was kein Euphemismus ist auf dem Felde der Konfrontation zwischen Staaten. Durch ihren Gewaltapparat machen sich Politiker *unabhängig* von den Konjunkturen, die Reichtum und Armut in ihrem Herrschaftsbereich durchlaufen und ihren Kontrahenten allzu gemütliche

Erpressungsmanöver gestatten könnten. Die Kriegsmaschinerie erlaubt ihnen, ohne ständige Rücksicht auf die aktuellen Abhängigkeiten, auf Gewinn- und Verlustrechnung ihrer Wirtschaft für die Berücksichtigung ihrer *Staaten* einzutreten. Von der Aufnahme neuer Kontakte zu Staaten, die zuvor im Rahmen von Bündnisverpflichtungen als Feinde galten, bis zum blanken Vertragsbruch, der dann die entsprechenden Konsultationen nach sich zieht, eröffnet sich dem Politiker eine breite Skala von Strategien und Taktiken, durch die er seinem Staat Vertrauen verschafft. Und diese Sorte Diplomatie ist Bedingung für das Zustandekommen all der Geschäfte, deren Erfolg sich schließlich in Dollar messen läßt. Durch sie wird neben den in § 2 und § 3 behandelten Transaktionen die Gesamtheit der auswärtigen Beziehungen, die ein anderer Staat pflegt, beurteilt und am eigenen Interesse gemessen. Die Redensarten, die nach Staatsbesuchen oder Begegnungen zwischen Botschafter, ständiger Vertretung, Handelsmission etc. (was es davon gibt, ist schon Zeichen der guten oder schlechten Beziehungen) und Außenministerium in den Communiqués erscheinen, sind alles andere als nichtssagende Leerformeln; gemäß dem diplomatischen Codex zusammengeschraubt, fassen sie exakt alle Abstufungen des Einverständnisses und der verbleibenden Feindseligkeiten zusammen – enthalten also auch Angaben darüber, zu welchen konkreten, beiderseitigen Nutzen stiftenden Verhandlungen jede Seite prinzipiell bereit ist. Dabei sind Überschneidungen mit der wechselseitigen Wertschätzung, die sich aus dem Interesse an der Expansion des nationalen Kapitals ergibt, selbstverständlich; aber auch von Währungs- und Wirtschaftsbündnissen abweichende Initiativen sind nicht zufällig, sondern beabsichtigt. In diplomatischen Auswärtsspielen werden durchaus Differenzen kundgetan zu den Verbündeten, denen, man den bilateralen Partner abspenstig machen will. Da wird die „Abkühlung“ von Beziehungen ausgesprochen und damit vollzogen, wenn ein wichtiger Partner sich vom Gastland brüskiert sieht. An Gipfeltreffen aller Art fehlt es natürlich auch nicht, weil man da in freundschaftlicher Atmosphäre die Fraktionierung in allen wichtigen Fragen erkunden kann: in Sachen Weltfrieden volle Übereinstimmung, was den Nahen Osten betrifft, sind wir mit ... der Meinung, in bezug auf Afrika gilt für uns die Haltung der EG, die Lage auf dem Erdölmarkt wurde in den Gesprächen mit den USA nicht erörtert ... übereinstimmend traten beide Delegationen für eine

Reduzierung der Rüstung ein, sowohl der atomaren wie der konventionellen; offen blieb die Frage ... Wenn Treffen dieser Art, die sich stets geschichtsträchtig aufblasen lassen, zu *unterschiedlichen Dokumenten* des Inhalts führen, wie man künftig zu verfahren gedenke, geht schon unmittelbar nach der feierlichen Unterzeichnung der Streit um die *I n t e r p r e t a t i o n* los: jeder sieht die Sache anders und bezichtigt die Gegenseite der Verletzung usw.

In der UNO haben die Völker dieser Erde von ihren Staatsmännern, d. h. eigentlich nur von den mächtigsten, eine veritable *diplomatische Börse* geschenkt bekommen, an der lange Zeit manche Nation nicht einmal teilnehmen durfte, weil sie nicht über den dort gehandelten Artikel verfügte: *politischen Kredit*. Inzwischen hat sich die Exklusivität der ersten Tage, als die USA alle Nationen um sich scharten, von denen sie aufgrund des Kriegsergebnisses konstruktive Beiträge zur amerikanischen Weltfriedensordnung erwarteten, gründlich gelockert. Nachdem das antifaschistische Bündnis der Alliierten der Konkurrenz der Supermächte um Einfluß in der ganzen Welt gewichen ist, hat die Mitgliedschaft in der illustren Weltorganisation unter heftigem Protest jeweils einer Seite enorm zugenommen, und der Ost-West-Gegensatz wird wie alle kleineren Mißhelligkeiten im Stile einer permanenten Völkerbegegnung rund um die Uhr gemeinsam ausgetragen, wobei die Hauptgeschädigten des Imperialismus neuerdings wenigstens in New York auch einmal gerecht repräsentiert werden. Daß die Chinesen reingekommen sind, liegt nicht daran, daß es so viele sind. In öffentlichen Großveranstaltungen ebenso wie in geheimen Treffen informieren und warnen sich Staatsmänner, tauschen Noten aus, suchen nach Gleichgesinnten für die nächste Abstimmung und protestieren oder legen ihr Veto ein, so sie dazu befugt sind. Natürlich sind die Abstimmungen und so Zeug nicht von derselben Durchschlagskraft wie die eines nationalen Parlaments, weil keine Gewalt die Beschlüsse exekutiert. Die Kritik an der UNO, die ihr mit einem „leider“ ihre *O h n m a c h t* bzw. bloß moralische Autorität zur Last legt, verkennt dennoch einiges. Erstens, daß die Moral in der Zurichtung der Weltöffentlichkeit für den Imperialismus eine bedeutende Rolle spielt; auch der Papst ist dort kein Verstoß gegen die Tagesordnung; zweitens vergißt sie vor lauter Bedauern darüber, daß ein Staatenbund nicht

gleich wie ein Staat zuschlagen kann, daß von den kompetenten Mitgliedern dieses Bundes schon zugeschlagen wird, wenn sie es für nötig befinden, und zwar mit und ohne den moralischen Segen der UNO (der, wenn vorhanden, allerdings weidlich ausgeschlachtet wird); und drittens übersieht diese Kritik, daß die Institutionalisierung des *internationalen diplomatischen Verkehrs* eine nicht zu verachtende technische Erleichterung der Erpressungsgeschäfte darstellt. Und die Bedeutung der Institution zeigt sich am besten an ihrem Thema Nr. 1: *Krieg & Frieden*. Denn bewaffnete Konflikte' gibt es auch seit dem Bestehen der UNO jeden Tag.

#### **d) Scheidung der Staaten nach Einflußsphären – Leistung des Gewaltapparats**

Die Trennung außenpolitischer Entscheidungen vom Tagesgeschäft mit Devisen, Öl und Auslandsaufträgen, die *Verselbständigung* der staatlichen Sorge um die Festigung der Souveränität gegen den praktischen Gebrauch der Anerkennung durch andere Nationen macht nämlich blutigen Ernst mit der eingangs (§ 1) getroffenen Feststellung, daß auf dem Weltmarkt der *Staat zum Agenten des Kapitals* wird. Seine durch das Militär erworbene Handlungsfähigkeit benützt der Staat in der Gewißheit, daß ohne seinen Bestand auch die ihm unterworfenen Gesellschaft nicht gedeiht, daß seine Durchsetzung unerläßliches Mittel für die Wirkung seines ökonomischen Potentials ist, zur Sicherung und Herstellung seiner Souveränität. Hinter den diplomatischen Verkehrsformen lauert also stets die Gewalt, die über die Aktionen anderer Souveräne das praktische Urteil fällt, daß sie die eigene Souveränität ankratzen.

- Für die Geschöpfe des Imperialismus besteht dieses „Problem“ in ganz besonderer Weise. Sie kennen überhaupt kein anderes Problem, weil das Militär nicht das Mittel eines nach außen gerichteten Nationalismus darstellt, sondern Herstellung und Erhaltung der Nation – nach innen – einzig das Werk dauernder militärischer Aktion ist. Zwischen ihnen herrscht in der Rivalität um die Gunst der Staaten, deren Werkzeug sie sein wollen, die herrlichste Feindschaft, der auch der von allen erhobene Anspruch, ein Bollwerk des Anti-Imperialismus zu sein, keinen Abbruch tut. Der immer wieder fällige Waffengang nimmt aus der Tä-

tigkeit militanter Opposition im anderen Staat seine Berechtigung; die Guerilla-Truppen erhalten Schutz und Unterstützung, wobei es sich angesehene Waffenschieber aus den Hochburgen der Demokratie und des realen Sozialismus nicht nehmen lassen, mit den von ihnen favorisierten Freiheitsbewahrern und -suchern ihre Geschäfte zu machen. In den Konflikten um den Kongo und in den jüngeren rund um Rhodesien werden die kämpfenden Parteien offenbar nicht schlecht versorgt, was auch eine schöne Art ist, die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Staaten „auszunützen“. Der ökonomische Gewinn, nach dem M-Ler sicher fahnden, existiert in diesen Kriegen nicht. Er entsteht für die europäischen und amerikanischen Tutoren entweder nebenbei in den weitergehenden Geschäften mit den natürlichen Schätzen der Länder, deren Völker sich die Köpfe einhauen, oder hinterher durch die souveräne, ganz schwarze Regierung, die sich ihren Waffenlieferanten irgendwie verpflichtet fühlt.

Die Gründung des Staates Israel hat den Kampf der Palästinenser um ihren Staat hervorgerufen – und auch in diesem Fall ist die Ökonomie des Imperialismus zwar der „letzte Grund“ des Geschehens, spielt aber für die Akteure vor Ort keine Rolle. Ein Staat will sich behaupten und tut dies mit Hilfe des „freien Westens“, dem er seine Existenz verdankt; die anderen wollen einen Staat haben und lassen die dafür notwendigen Gewalteinsetze von umliegenden Machthabern finanzieren, denen Israel nicht paßt – aber nicht wegen des Elends, das es unter den Palästinensern anrichtet. Aus den diplomatischen wie militärischen Aktionen Jedenfalls geht Gegenteiliges hervor, und mit dem Leben bezahlen andere. Der Nahe Osten ist auch ein schönes Beispiel für die friedenssichernde Rolle der Diplomatie samt ihren österreichischen UNO-Soldaten; die konkurrierenden Weltmächte lassen fröhlich die „Massen“ vor Ort für die Ausgestaltung ihrer Interessensphäre durch souveräne, ihnen verbundene Staaten verrecken – nebenher laufen die Ölgeschäfte und die amerikanische Finanzierung Israels...

- Für die imperialistischen Staaten, allen voran für die USA, stellt sich die Frage der gesicherten Souveränität schon weit außerhalb ihrer Grenzen. Denn ihre „lebenswichtigen Interessen“ stehen überall auf

dem Spiel, wo sie „engagiert“ sind. Da gibt es verbündete Regierungen in der „Dritten Welt“, die sich gegen kommunistische Aufständische kaum erwehren können, also auch amerikanisches Eigentum und US-Bürger nicht mehr schützen. In solchen Fällen ist es unerlässlich zu prüfen, welche Alternative ins Haus steht, wenn man die verbündete Staatsmacht fallen läßt – und entsprechend zu handeln. Um nicht immer gleich ein Land mit Krieg zu überziehen, der mit einer offiziellen Erklärung anfängt, mit schwerem Geschütz geführt wird und mit der Vernichtung von Land und Leuten endet, haben die USA die CIA erfunden. Deren Spezialeinheiten führen keinen Krieg gegen die andere Nation, sondern beteiligen sich hilfreich am Bürgerkrieg; und dabei müssen sie nicht unbedingt auf der Seite der gerade amtierenden Regierung stehen. Wo dieser Einsatz nicht ausreicht, weil sich ein Staat samt der Mehrheit seines Volkes nicht mehr willens zeigt, die guten Beziehungen zu wahren, muß jedoch voll durchgegriffen werden. Vor allem dann, wenn sich die Aufteilung der Welt in *Einflußsphären* zu ändern droht: für die auswärtigen Statthalter militärischer Kontrolle der weltweiten Armut, die ja auch das „Gleichgewicht“ gegenüber dem Osten aufrechterhalten, der sich überall einmischt, muß schon etwas getan werden – auch wenn ökonomisch überhaupt nichts zu holen ist, denn nur so ist garantiert, daß man überall etwas holen kann.

- Bei all diesen Akten zur Wahrung der Freiheit gegen die souveränen Staaten des Westens das Risiko ein, daß auch der Osten, der über ein gewaltiges Netz von Beziehungen verfügt, von dessen Erhalt seine Sicherheit abhängt, kein Mittel scheut, seine Souveränität und die seiner Verbündeten zu wahren. Deshalb erweitern sich die diplomatischen Beziehungen seit geraumer Zeit um die famosen *Abrüstungsgespräche*, die dem unseligen Umstand zu verdanken sind, daß die SU sich inzwischen zur Atommacht gemauert hat, also die militärische Überlegenheit des Westens nicht mehr dieselbe Sicherheit garantiert wie nach den Tagen des Weltkrieges: Die Gewähr dafür, daß der Waffengang mit dem Hauptfeind außerhalb des amerikanischen Territoriums stattfindet, also auch die ökonomische Basis der Weltmacht Nr.1 unversehrt bleibt, ist im Eimer. Das ist das *atomare Patt*, mit dem die Spitzendiplomaten

des Weltfriedens nicht leben können, weil es zwar nicht einen Krieg, wohl aber einen Sieg so unwahrscheinlich macht. In den Verhandlungen, mit denen der Westen der SU ein paar Reduktionen ihres Potentials sowie einige Verbote im Weiterrüsten abknöpft, an die er sich wegen technischer Vorteile selbst gerne hält, geht es um so trostreiche Sachen wie „Erstschlagskapazität“ und die wechselseitige Erlaubnis, an manchen Punkten so weiterzumachen wie bisher. Es wäre ja auch gelacht, wenn ein Atomkrieg nicht führbar gemacht werden könnte, und zwar mit Erfolg – zumal der Fortschritt der östlichen Rüstung eine Behinderung der Akkumulation darstellt, die westlichen Auslagen die Exploitation der Welt hingegen durchaus beflügeln. Der Westen jedenfalls kann den Frieden nicht garantieren, indem er weniger für seine Sicherheit tut. Gerade die USA haben wegen gewisser ökonomischer Rückschläge in der innerimperialistischen Konkurrenz allen Grund, ihre Macht für ihre Gesundung auch einmal wieder kräftig einzusetzen – seit Vietnam jedem anständigen Krieg aus dem Weg gegangen! Der Osten kann ja seine Linie der friedlichen Koexistenz beweisen, indem er auf Überlegenheit verzichtet, auch auf der Ebene der Feldhaubitzen.

Im Zusammenhang eines kleineren Konfliktes, vielleicht auch im Gefolge des ökonomischen und politischen Niedergangs des Comecon und der flankierenden Maßnahme, die die chinesischwestliche Zusammenarbeit hierfür darstellt, wird sich also bald eine Gelegenheit finden, eine der vielen *Bedingungen* des Krieges zum Grund für den III. Weltkrieg reifen zu lassen. Der ist im übrigen ein *Verteidigungskrieg*, weil die eigenen Interessen von anderen gewaltsam beschnitten werden. Die Kriegsvorbereitungen laufen jedenfalls auch außerhalb der SALT-Verhandlungen recht flott. Wobei auffällt, daß „der Westen“ in der NATO am besten funktioniert, was die Rede von den „Belastungen der NATO durch wirtschaftliche Blöcke“ auch betont!

#### e) Spionage

Hinter den Kulissen der Diplomatie, Rüstungsdebatten und Manöverberichte muß für *I n f o r m a t i o n* gesorgt werden; über die ökonomischen, politischen und militärischen Absichten vorhandener und möglicher Gegner



hat die *Spionage* Auskunft zu geben. Zu undeutlich sind nämlich die diplomatischen Drohungen in e i n e m – in bezug auf die M i t t e l, die die anderen zur Erreichung ihrer Ziele haben, anwenden wollen oder erst noch beschaffen müssen. Die Entsendung von leibhaftigen Spionen, die sich ein Leben lang im auswärtigen Regierungsapparat als Mitarbeiter tarnen, tut da ebenso gute Dienste wie Aufklärungssatelliten (die USA wissen über alles Bescheid, was sich von der Luft aus sehen läßt, und ihr Welt- raumprogramm hat ja prinzipiell nichts mit Wetterbeobachtung zu tun). Wenn Spionage ans Licht kommt, gibt es erstens einen Mordsprotest von wegen E i n m i s c h u n g und so, wie überhaupt jeder zweite Spruch der Politiker über die auswärtigen Verhältnisse einen furchtbaren Angriff auf die Souveränität darstellt. Zweitens legt man die moralische Waffe der völkerrechtlichen Empörung beiseite und tauscht die Spione aus, wobei auch in dieser Sorte Zirkulation die Wechselkurse schwanken. So wird das *Völkerrecht* erst wieder als K r i e g s recht zur Anwendung gelangen, wenn einer gewonnen hat und mit der *Macht* auch Kunde davon besitzt, was mitten im Krieg unmenschlich war.

#### **f) Historisches zum Verhältnis von Militär und Politik**

Die historische Leistung, die ein Staat vollbracht haben muß bzw. zu der ihn seine Untertanen gebracht haben müssen, besteht in der Herstellung seiner Souveränität gegen alle Sonderinteressen, die eine Klasse oder Teile von ihr mit seiner Hilfe verfolgen. Eine effektive Beförderung des nationalen Reichtums in seinem Auftreten nach außen verlangt von ihm die Relativierung besonderer Ansprüche im Umgang mit Kolonien – wie er ja auch in seiner Wirtschaftspolitik nach innen die Klasse der Kapitalisten, d a s Privateigentum nur durch diese Relativierung voranbringen kann; und bisweilen werden nicht nur Teile des Bauernstandes und Winzer, sondern auch ganze Branchen der Industrie reduziert, um im internationalen Geschäft das Beste für d a s nationale Kapital herauszuholen. Fürstenhochzeiten als Mittel der Außenpolitik sind überholt, weil auf diese Weise eben Fürsten sich einiges an Schlössern, Gesinde und Ehre verschaffen, nicht aber ein Souverän die *nationale Ökonomie* voranbringt. Die Emanzipation der außenpolitischen Entscheidungen von partikularen Interessen betrifft auch das

Militär, das kein Stand mehr zu sein hat, sondern eine den politischen Führern unterworfenen Einrichtung, deren Selbständigkeit auf die effektive Kriegsführung beschränkt bleibt. Wie das Reisespesenkonten der Politiker und diplomatischen Vertretungen bildet das Militär einen Posten im Haushalt der Nation, der also mit deren „Verantwortung“ auf dem Globus wächst.

### g) Ideologien über Krieg & Frieden

Unter den Ideologien ist die hartnäckigste die vom *Frieden*, die den ziemlich bedingten Willen zum Gewaltverzicht bei den Politikern leugnet; allerdings machen ihre Spielarten im Zugeständnis, daß es die – schwierige – Aufgabe der Regierenden sei, den Krieg zu vermeiden, auch gleich die Konzession mit, daß sie, von anderen bei ihren guten Absichten behindert, auch keine Wahl hätten. Selten regt sich, wenn die Mobilmachung befohlen wird, der Verdacht, es gäbe Gründe für den Krieg, die woanders liegen als bei den ausländischen Regierungen. Wer den Idealismus des Friedens als Pazifist proklamiert, wird noch immer der Realitätsbindung geziehen. Damit die öffentliche Meinung einer imperialistischen Nation einmal nicht s t a r k e Außenpolitiker verlangt, die die anderen Mores lehren, bedarf es schon eines verlorenen Krieges – und wie man weiß, klingen solche Töne, die sogar zur offiziellen politischen List werden, auch wieder ab in dem Maße, wie die „Geltung“ der Nation es gebietet: ein ökonomischer Riese hat kein politischer Zwerg zu sein. Kritik am imperialistischen Vorwärts kommt auf, wenn das Geschick, das *diplomatische Können* der Staatsmänner keinen für die Staatsbürger sichtbaren Erfolg zuwege bringt. Dann wird aus der Tatsache, daß sich eine andere Nation nicht hat erpressen lassen, ein bedauernswertes *Scheitern* der Mission, und den öffentlichen Verlautbarungen wird nachgesagt, sie seien Schwindel und Betrug. Was die Einwände gegen das Militär angeht, so stehen seiner prinzipiellen Befürwortung nur die matten Aufregungen gegenüber, die sich beim Einberufungsbescheid noch in jeder anständigen Familie einstellen. Der Zweck der Einrichtung pflegt nicht weiter zu interessieren, weil man die *Abschreckung* für das Gegenteil von *Kriegsvorbereitung* hält. Damit aber die Jugend nicht mit lauter Illusionen in den nächsten Krieg rennt, läuft die erzieherische Vorbe-

reitung der Jugend parallel zu den Konflikten, die sich absehen lassen. Es gilt, jedermann frühzeitig darüber zu unterrichten, wo der Feind steht, vor dem man sich gar nicht genug fürchten kann – oder positiv: unsere Jugend braucht wieder Werte, für die es sich zu sterben lohnt. Im Krieg selbst geht es ums nackte überleben, und hinterher gibt es Schuldige meist bei den Verlieren sowie Stoff für allerlei Erzählungen, in denen man den Kindern beibringen kann, was man schon alles mit-gemacht (sic!) hat. Beliebte Probleme sind: wer waren die besten Feldherrn, Soldaten? War Hitler ein militärischer Dilettant? usw.

Mittlerweile kriegen nicht nur Urwalddoktoren den Friedensnobelpreis, sondern kundige Außenpolitiker, was sogar die Parteigänger des Ostens für gerecht halten, weil sie nämlich den Kniefall in Warschau nicht für eine Geste der Anerkennung halten, also auch nicht wissen, daß der Osthandel und die SALT-Verhandlungen nichts mit Friedensliebe zu tun haben. Wer gegen Osten reist, ist prinzipiell kein imperialistischer Staatsmann mehr, der er in Afrika noch manchmal ist, sondern ein Mann der „friedlichen Koexistenz“. Also ein Sprachrohr der Völker, die eigentlich friedliebend sind und sich nur ausnahmsweise alle dreißig Jahre in einen Krieg hineinmanipulieren lassen. Von wem? Natürlich von Politikern, die nicht die Sache des Volkes, sondern die der (Rüstungs)Monopolisten vertreten, als ob eine Rüstungsfirma was zu produzieren hätte von ihren Mordinstrumenten, wenn der Staat für sein Militär nichts bestellen

würde. Daß die politische Herrschaft auch was anderes sein könnte als das, was sie ist: gewaltsame Absicherung von Ausbeutung und Armut, dieses Credo der revisionistischen Weltansicht, die deswegen auch immer wieder das trottelige Argument vom armseligen, weil von den Mächtigen der Wirtschaft in Abhängigkeit gebrachten Staatsmann wiederholt, lebt in der Analyse des Profits der Rüstungsindustrie als Kriegsg r u n d auf. Das Übel der Welt besteht demnach nicht im Kapital, auch nicht in seiner staatlichen Durchsetzung, sondern in ihrer V e r s c h m e l z u n g . Aber wer die politische Gewalt so lieb gewonnen hat, will natürlich auch von ihrer funktionellen Trennung von den Zwecken des Kapitals, für die sie da ist, nichts wissen, – weswegen die Sowjetunion ganz unironisch „Weltfriedensm a c h t “ heißt. Von der Stalinschen ganz subtilen Unterscheidung

zwischen gerechten und ungerechten Kriegen sagen wir nichts, als daß Kriege keine Frage der Gerechtigkeit sind, sondern der Gewalt. Auch von der menschlichen *A g g r e s s i o n* wollen wir nicht reden, sonst würde der Hinweis auf die Ideologien zu diesem § länger als der Begriff des Imperialismus.

## §5

**Kulturimperialismus  
oder die neben der Politik praktizierte Ideologie**

Den Hauptfiguren des imperialistischen Treibens, den Politikern, die über Swap und Swing, VW do Brasil und Polenverträge, Europa und SALT, also auch mit Recht über Leben und Tod entscheiden, bleibt auch eine weitere Verantwortung nicht erspart: sie müssen die Öffentlichkeit ihrer und der anderen Länder mit der intensiven *Pflege des internationalen Vergleichs* beglücken. Schließlich haben die Bürger hier wie dort mit Arbeit, Tugend und Not geradezustehen für die hohen internationalen Ziele der Nation, und da darf die Ausgestaltung des *ideellen Lohnes* nicht zu kurz kommen. Das Bewußtsein, zur *richtigen Nation* zu gehören und entsprechend in der Welt *repräsentiert zu sein*, macht Zweck und Inhalt des *Kulturimperialismus* aus. Und der ist wie alles Wichtige keine „bloße“ Theorie, sondern auch Praxis.

Das niedere Volk hierzulande wird mit der Propaganda seines *Lebensstandards* beglückt, der im Kontrast zum realen Sozialismus und zu den Negern Wunder wirkt. Erstens hat man offensichtlich das bessere System erwischt, zweitens Staatsmänner, die tüchtig sind und auf die Freiheit aufmerken, was sie aber auch unbedingt müssen, weil man ist drittens nun einmal ein Mitglied der fähigsten Rasse. *Mitleid* mit auswärtiger Armut muß allerdings auch sein, und vor allem die *Anerkennung* auswärtiger Gepflogenheiten, so exotisch-irrational die Sitten auch sein mögen. Dies, um die prinzipiell geschätzte Selbstzufriedenheit in all den Fällen zu bremsen, wo die *Ideologie der Hilfe* anderen Völkern gegenüber ernstgenommen und daher in ihren praktischen Konsequenzen *m i ß b i l l i g t* wird. Die Mitmachübungen, die der Mär von der *Völkerfreundschaft* gewidmet sind und das Gegeneinander der Nationen als zelebriertes Miteinander darstellen, gehen auf die Lösung der schwierigen Aufgabe, *Respekt und Verachtung* unter einen Hut zu bringen. Olympiaden, Fußball-Länderspiele sowie kleinere Begegnungen der unheimlichsten Art sind imperialistische Staatslektionen, ganz gleich, wie sie enden. Wo *Furcht* am Platz ist und *Wachsamkeit*, geht aus Filmen und Schlagern hervor.

Gebildete Menschen werden gemäß ihrer Bildung nicht nur mit Fremdsprachen, sondern auch mit *Vorzügen und Nachteilen* der eigenen wie fremden Kultur vertraut gemacht, so daß sie, kaum erwachsen, vor *internationalistischer Toleranz* nur so strotzen. Der *Genuß des Fremden*, dem man sich auf Bildungsreisen, sonst aber nicht, anbequemt, erfährt hier seine Betonung gegenüber der Selbstzufriedenheit, die sich im proletarischen Auslandsurlaub feiert. Und in den institutionalisierten Auswärtsspielen vom Goethe-Institut über den Austausch-Lehrer und -Schüler bis zum Orchester-gastspiel wird das nationale Erbe modest demonstriert.

Die umgekehrte Demonstration der „Kleinen“ bis „Unterentwickelten“, die mit ihren Sportlern, Tanzgruppen und Bastkunstwerken ein paar Punkte im globalen Anerkennungs-zirkus machen möchten, fällt dagegen peinlich aus, weil sie *Repräsentation ohne das zu Repräsentierende* ist. Die Anstrengung ist zu leicht kenntlich als *Ersatz* für nationale Größe, die ohne Reichtum nun einmal nicht zu haben ist – wovon auch der Ostblock manches Lied singen kann. Seine Zeugnisse der Macht werden ohne viel Federlesens und mit viel Neid als Akte der Dressur und Indizien der Unfreiheit entziffert.

Fazit hier wie dort: Nix Kultura.

**a) Pflege des Nationalismus: Anerkennung und Kritik andere Nationen**

Die Erziehung zum *Nationalisten* ist gelungen, wenn jedermann als *Weltbürger* hinter der Außenpolitik seines Staates steht. Diejenigen, die sich der Meinungsbildung mit staatlichem Auftrag und Gewissen verschrieben haben, lassen es sich nicht nehmen, ihrem Publikum die Weltlage nach dem Motto klarzumachen „Was heißt das für uns?“. Und damit kein Hirn der Annahme erliegt, zwischen den Interessen des Staates und denen eines ordinären Individuums könnten gewisse Diskrepanzen vorkommen, legen sie besagte Frage als unerbittlichen Maßstab an jeden Akt des Weltgeschehens an, von der Einrichtung einer Botschaft über den Import von Goldbarsch bis zum Krieg. Das heißt freilich nicht, daß im Ressort „Außenpolitik“ j e d e Meinung mit der demokratischen Lüge beginnt, Staat und Volk seien ein Herz und eine Seele; der Opportunismus des nationalen Standpunkts gebietet auch das Gegenteil. Einmal, wenn einem der eigene Staat zu lasch vorkommt und Kritik von der Warte des Steuerzahlers, Verbrauchers oder Weltbefreiers ansteht; zum anderen hat die Differenz Staat-Bürger in der heuchlerischen Begutachtung der Maßnahmen anderer Staaten immer ihren Platz. Auch über die Seite, für die da Partei ergriffen wird, befindet ein verantwortungsbewußter Internationalist mit einem klaren „*Ça dépend*“. Gegen zuviele Linkswähler in einem verbündeten Staat wird sich um letzteren besorgt; spielt sich eine auswärtige Regierung zu einem Hindernis für die eigenen Staatspläne auf, wird auch einmal die fremde Bevölkerung zum moralischen Anhaltspunkt. In den auf Grundsätzliches zielenden Debatten um „glaubwürdige Außenpolitik“ spielt deshalb der Vorwurf der *Prinzipienlosigkeit* eine bedeutende Rolle, obwohl davon in keiner Partei die Rede sein kann: Schmidt hat nicht mehr gegen Pinochet als Strauß, und Brandts brüderlicher Umarmungen mit KP-Vorsitzenden sind ebensowenig Zeichen der Unterwerfung unter den Bolschewismus wie ein Freßgelage der CDU/CSU jenseits der Oder-Neiße-Linie. Wer in der Führung eines Staates seine Lebensaufgabe gefunden hat, dem konzidiert noch jeder demokratische Journalist, daß er in der Wahl seiner Gesprächspartner nicht wählerisch zu sein hat – und Erfolglosigkeit ist die einzige Sünde der Außenpolitik. Immerhin leisten gelegentlich heuchlerische Hinweise auf die Unfreiheit in der Fremde einen unentbehrlichen Beitrag zum guten Gewis-

sen des Weltbürgers: mit dem Kompliment an die geglückte demokratische Herrschaft daheim wird die Lüge kolportiert, alle östliche und südliche Leuteschinderei sei nicht Mittel wie Produkt eigener staatlicher Interessen. Das ist eben das Schöne an der *Menschenrechtswaffe*, daß man sie differenziert zum Einsatz bringen kann. Andere haben sie nicht einmal, und die öffentliche Propaganda für außenpolitische Leistungen der Regierung erschöpft sich im Vorzeigen der Anerkennung durch die Mächtigen der Welt, wenn sie auf Besuch kommen; im Osten leicht überhöht zur Predigt der Völkerfreundschaft, die auch aus der Vorsprache des „Hauptfeinds aller Menschen“ eine Aufwertung des amerikanischen Volkes zu dreheln versteht.

Im Westen wie im Osten führt die staatlich verpflichtete oder gegängelte Besichtigung der Chancen auf dem Globus zur Herausbildung einer Rangliste von Freund- und Feindschaften, wobei dem jeweiligen Tabellenplatz auch gleich das ,entsprechende Wohlverhalten zugeordnet ist.

Das Prinzip aller Stellungnahmen zum Ausland und seinen Menschen, der *Zynismus der Souveränität*, liegt in ihrer Beurteilung „in bezug auf u n s “. Wer dieses Prinzip verfolgt, nimmt unter dem Vorwand, nicht seinem willkürlichen Geschmack, sondern dem aller zu entsprechen, den Standpunkt der höchsten Gewalt ein, die er anerkennt. So als hinge der angemessene Umgang mit jenen Leuten von *seiner* Einschätzung ab, be- und verurteilt er alles und jeden, der nicht unter der Botmäßigkeit seines Souveräns steht, als Beschränkung und Gefahr. Diese Gefahr läßt sich herausstreichen und fordert dann ihre Relativierung durch eigene Stärke: von der Angst zur Kriegsbereitschaft! Als relativierte oder für (zur Zeit) gering befundene bietet sie freundlichere Aspekte, dar: sie ist, in ihrer Eigenart gewürdigt, ein bedingtes Kompliment wert. Was schließlich den *Moralismus der Souveränität* angeht, der jeden Neger unbedingt zu seiner Hautfarbe beglückwünscht, so entbehrt auch er nicht einer materiellen Grundlage.

## **b) Staatsbürgerliche Zurichtung – Xenophobie & Völkerfreundschaft – Von den Konjunkturen imperialistischer Moral**

Kein Wunder, daß die staatlich gehegte Xenophobie auch gebremst sein will. In welchen Formen die Gegensätze gegen andere Staaten und Völker



ausgetragen werden, darüber behält sich ein anständiger souveräner Staat die Entscheidung vor; und entsprechend der an höchster Stelle für angemessen befundenen Gangart wird die Hetze gegen Land und Leute eingerichtet, sodaß sich der Nationalismus der Bürger funktional betätigt. Wenn Entspannung und größere Geschäfte mit dem Osten fällig sind, ist eine Demonstration gegen den Besuch aus dem Kreml unangebracht; umgekehrt bedarf das Strauß-Image in den sowjetischen Medien gewisser Korrekturen, wenn die Partei der Arbeiterklasse ihre Beziehungen zur BRD künftig mit dem Erz-Revanchisten abwickeln muß; französische Winzer gefährden die Fortschritte des europäischen Einigungswerks, wenn sie italienische Weinimporte in die Kanalisation schütten, und Amis wie Chinesen müssen sich daran gewöhnen, daß sie es mit traditionsreichen Völkern zu tun haben, also nicht mit gefährlichen Schlitzaugen und Yankees. Die unvermeidliche Zurschaustellung gemeinsamer Interessen zwischen den Unterhändlern verlangt denen, die von den getätigten Geschäften nie was haben, eine kaum bewundernswerte Flexibilität ab. Und vor allem viel Vertrauen in die diplomatischen Fähigkeiten ihrer Herrschaften, die sich dafür mit jeweils aktuellen Ideologien bedanken: so begann gleich nach dem letzten Krieg eine Riesenzusammenarbeit mit den Völkern, die eben noch mit Bomben nicht geizten; der europäische Gedanke kreuzte plötzlich auf und eine atlantische Partnerschaft keimte, daß es nur so krachte – und überall, in Korea, Cuba und Vietnam, in Prag und Afrika steht seitdem „unsere Freiheit“ auf dem Spiel. Der Systemvergleich wurde zur von Adenauer bis Lieschen Müller gleichermaßen gut gehandhabten ideologischen Waffe, die inzwischen bei gewissen Gelegenheiten sogar von Konservativen auch einmal nicht eingesetzt wird. So weiß auch ein Unionsmann die „Eigenart“ der Magyaren und Russen zu würdigen, und die Effizienz politischer Unterdrückung wird schon immer als Pluspunkt des Ostens vermerkt. „Bei denen erfährt doch keiner was, wenn einer draufgeht, hieß der Kommentar zu den ersten Weltraumanövern der Russen – und dieser Kommentar war nicht kritisch, sondern neidvoll gesprochen. Die Chinesen sind schon geraume Zeit keine „blauen Ameisen“ mehr, sondern ein starker Staat mit viel Rückhalt bei seinem Volk, das die neuere Geschichte des Welthandels auch endlich – wegen seiner Botmäßigkeit und der Ambitionen der KPCh – auszunützen gestattet. Ministerien verteilen auf Glanzpapier Argumente für Entwicklungshilfe, die

betonen, daß es sich lohnt; die auf die Armut hinweisen, aus der sich noch jeder ein schlechtes Gewissen zurechtlegen kann. Keine Unverschämtheit unterbleibt, wenn für offizielle Entwicklungshilfe – die die Armut hervorbringt – geworben wird und Spenden für die minderjährigen Skelette erbeten sind. Aus der Politik, die er zuläßt, soll sich kein einziger Staatsbürger des freien Westens ein Gewissen machen – aus ihren Opfern aber schon; am besten, er schämt sich für jedes Wurstbrot und spendet auf die einprägsamen Kontonummern der internationalen Wohlfahrtsvereine und für die dreckigen Weltkinder- und Frauenabende, auf denen die Disco-Affen der Pop-Szene samt Präsidentengattinnen ihre Show abziehen.

Ein intakter Weltbürger wird mit dem Zynismus staatlicher Souveränität am besten fertig, wenn er deren Pendant beherrscht, die *imperialistische Moral*: er darf sie nicht praktizieren, um Vorteile herauszuschlagen. Umgekehrt sogar muß er sich zur Einsicht bequemen, daß die staatlich erzwungenen Vorteile der Nation das relativ Beste sind, was er kriegen kann. Seine Politiker machen deshalb dem auf seine Wertarbeit und sein Steuerzahlen getrimmten Arbeitsmann ständig klar, wie er sich – mit ausländischen Kollegen konfrontiert – abschätzig und anerkennend zugleich gebärden kann: „sie machen die Drecksarbeit, die ein Deutscher nicht mehr erledigen will!“. An polnischen Aussiedlern und vietnamesischen Flüchtlingen muß ein gewöhnlicher, d.h. von seiner Arbeit lebender Mensch seine Toleranz gegenüber den Opfern und seinen Haß gegen den anderen Staat pflegen; auf keinen Fall darf ihn die Sache mit den Arbeitsplätzen ärgerlich machen, die er sonst bei jedem Anlaß zu schlucken hat. Was kümmert ihn schon der Aberwitz, daß die Meistbegünstigung den östlichen Staaten nur eingeräumt wird, wenn sie Leute ausreisen lassen! Handelsverträge sind *Geschäftsbedingungen*, und die gehen ihn nichts an; wenn Ausländer oder Ex-Deutsche an Land gezogen werden, so kann er darin höchstens einen Beweis dafür sehen, daß *sein* Staat nicht nur fürs Geschäft, sondern auch für die Freiheit Opfer bringen läßt. Bei den offenkundigen Geschäften, die das Parlament und seine honorigen Waffenschieber mit Negerhäuptlingen machen, muß jedermann den Materialismus seines Staates honorieren – auch wenn er gelernt hat, daß Negerhäuptlinge die Menschenrechte mißachten. Die imperialistische Moral fordert vom kleinen Mann, seinen Materialismus

dem Idealismus der Nation zu opfern und seinen Idealismus – über Freiheit, Recht und so Zeug – am Materialismus des Staates zu relativieren. Wenn er zu letzterem nicht umstandslos bereit ist, kann er sich bei *amnesty international* betätigen und andauernd auswärts Herrschaft kritisieren; oder eben warme Decken abliefern, auf UNESCO-Konzerte gehen und sich Bilder anglotzen, auf denen man sieht, wie dürr vornehmlich Kinder und Weiber in Entwicklungsländern geraten. Die Caritas und andere Clubs nehmen seine Mark!

Die Anstrengungen im modernen Erziehungswesen, die sich mit dem Signum der Aufklärung schmücken, stellen daher notwendige Neuerungen dar: die Bekanntschaft mit dem Elend, das die internationale Zusammenarbeit so gebiert, ist gefordert, damit jedermann den Beweis antritt, daß es *sein* Werk nicht ist. Der Staat bedankt sich mit diesem Beweis seiner Bürger und nimmt ihn *für sich* in Anspruch. Auch historisch, wenn er in Ost-West-Schulbuchkommissionen für eine ausgewogene Darstellung der Kriegsschuld Deutschlands eintritt: 1. fifty-fifty, 2. nicht Volk, aber Hitler, 3. hängt dem neuen Staat nicht immer Zeug an, was der alte zu verantworten hat.

Wert gelegt wird also in Friedenszeiten auf die Trennung zwischen *anständigen* Deutschen (Amis, Franzosen, Italienern...), die nur für ihr Vaterland gewesen sind, und denen, die solch' ehrbares Ansinnen *mißbrauchen*. Der Rede von den „häßlichen Deutschen“, dem Nationalismus der anderen, wird so ein kurzes und schmerzloses Ende bereitet: ihr wollt doch auch einen so fähigen Kanzler, wie wir ihn haben, oder? Die dritte Welt hat freilich solche Sorgen nicht – Senghor hat an der größten deutschen Uni einen Dr. h.c. gekriegt, weil die Negerseele mit der ihr eigentümlichen Kultur will man nicht verletzen, sondern ausnützen! Der *moderne Rassismus* anerkennt mit der nützlichen politischen Herrschaft, zu der mehr oder minder studierte Neger fähig sind, auch den Menschenschlag, dessen „*Natur*“ sich da äußert. Hatte die alte Lehre darauf bestanden, Untermenschen auch als Vieh zu behandeln, so ist mit überwundenem Kolonialismus das Zugeständnis fällig, daß die Barbarei in all ihren Ausgestaltungen der für sie zuständigen Rasse zu überlassen sei, weil die werden schon wissen, welche Lebensgewohnheiten für sie passen. Auf keinen Fall darf sich ein „Kulturimperialismus“ an-

maßen, die Exoten aus den Lebensumständen herauszureißen, in die der Imperialismus sie zwingt. Wenn sie auch nichts zum Beißen haben, die Brüder, so soll man ihnen doch ihre „kollektive Identität“ und so Zeug nicht nehmen, denn das ist *ihre Kultur* und Tradition. Letztere ist als nationale zu schätzen, weil sie stärker ist als der Kommunismus, wie ein Krieg in SO-Asien so schön beweist. Auch bei den Russen soll es sich – nicht zuletzt linken Analysen zufolge – weniger um eine Revi-Herrschaft handeln als um gewisse Konsequenzen asiatischer Gemütsverfassung, die sich schon in Peter dem Großen äußerte.

### **c) Massenkultur auf imperialistisch: Sport als Begegnung der Völker**

Dem weltbürgerlichen Nationalbewußtsein sind nicht nur ein paar Widersprüche eigen, die leicht zu Krämpfen im Hirn führen können. Die gewöhnlichen Leute hüben wie drüben, oben wie unten kriegen ihren imperialistischen Geist immerzu nur anerzogen, ohne selbst für ihr Bewußtsein gerade stehen zu dürfen, daß sie zum richtigen Volk gehören. Arbeiten und politischer Gehorsam sind *Notwendigkeiten*, und durch die kann man sich schwerlich *auszeichnen* im internationalen Vergleich, wenngleich die Repräsentanten der Nation mit den Resultaten der heimischen Ausbeutung flott angeben. Geht man im Auslandsurlaub ebenso forsch zu Werk, so handelt man sich allerhand Nachteile an – deren geringster besteht darin, daß die Angereichte mit Kosten verbunden ist: die Demonstration der Überlegenheit ist keine, weil sie sich am Geldbeutel als das Gegenteil eigener Stärke bemerkbar macht. So ist es nur konsequent und ein Zeichen von hehrer Gesinnung, daß die Staatsmänner für die Zeit zwischen den Kriegen etwas für die *praktizierte Heimatliebe* tun. Getrennt vom ökonomischen Gegeneinander und von den politischen Händeln organisieren sie den *internationalen Sportbetrieb*, in dem der Leistungsvergleich des Spiels der Repräsentation des Staates untergeordnet wird. Wenige kommen in die Auswahl, in der zu sein eine *Ehre* bedeutet. Dafür muß man Sport wie einen Beruf betreiben, also seine sonstigen Fertigkeiten leicht vernachlässigen, weswegen bei manchem dieser Nationalhelden ein Interview zur nationalen Katastrophe ausarten kann. Sieg oder Niederlage sind keine sportliche Angelegenheit, sondern Bewährung der Nation oder eine Schande. Deshalb gehen sie auch

nicht nur die Sportler an, sondern ihren Verband, damit ein Ministerium und auch die Öffentlichkeit. Damit diese ihre Begeisterung für den Sport auch von der *richtigen* politischen Warte aus relativiert – d a ß sie politisch agieren, die fanatischen Fans, ist k e i n Problem –, steht eine Heerschar von Kommentatoren bereit, die Form, Verlässlichkeit und Selbstbewußtsein der nationalen Repräsentanten von Berufs wegen registrieren und bei Auftritten, die unter „Schande“ fallen, für Konkurrenten und die Sporthilfe Stimmung machen.

Selbst bei Anabolika-Debatten bleiben sie ausgewogen, weil ohne die Tabellen „unsere“ Sportler im Nachteil sind gegenüber dem Osten. Mit der Phrase von der „Trennung zwischen Sport und Politik“ reden sie unverhohlen der nationalen Durchschlagskraft auch auf diesem Nebenkriegsschauplatz das Wort, zählen die Medaillen, beschimpfen die „Staatsamateure“ im anderen Teil Deutschlands, zählen dann auch wieder die Medaillen von hüben und drüben zusammen und feiern Sportgrößen aus sämtlichen deutschen Reichen der Vergangenheit. Die Aktivität der „Massen“ besteht in der Anfeuerung ihrer „Lieblinge“, in der vor, während und nach dem Wettkampf durchgehaltenen *Parteilichkeit* und bisweilen im Absingen der Nationalhymne, auch der 1. Strophe. Da haben dann wieder die Radiofritzen einiges zu tun, um die dazugehörigen Ideale an den Mann zu bringen – Fairneß, Dabeisein ist alles, gerechtes Ergebnis, nicht unverdient, profihafte Einstellung (= liefert einen guten Beleg für den Schmarren vom Leistungslohn) und unnötiges Foul ...

Das internationale Sportgeschehen ist also eine politische Einrichtung, die den „Massen“ die Gelegenheit gibt, ihren Nationalismus auszutoben und auf dem Feld der außerökonomischen Konkurrenz, der *Repräsentation*, dazu beizutragen, daß keine Zweifel über das richtige Vaterland aufkommen. Wo nicht nur der kleine Mann arm dran ist, sondern auch die Nation im ökonomischen Leben ihre Schwierigkeiten hat, sich zu behaupten, stellt sich bisweilen ein Mißverhältnis zwischen der Größe einer Sportnation und dem, was sie sonst noch ist, ein: aber gerade deswegen ist das Geld für die Aki-Buas nicht zum Fenster hinausgeworfen, Österreich macht ein Geschäft aus Schnee und Skiern, die cubanischen Boxer kämpfen für den Sozialismus, und an den chinesischen Tischtennispielern ist nur eines auszusetzen – daß

sie manchmal vor lauter Völkerfreundschaft absichtlich verlieren.

d)

Noch drolliger geht es in der Szene der restlichen Massenkultur zu, in der sich die Menschheit sinnvoll von den Strapazen nicht nur der Arbeitswelt, sondern auch von den Anstrengungen der hitzigen Debatten erholen kann, in denen jeder vom Standpunkt des Bundestrainers aus Stellung bezieht. Während in der Abteilung „Nationalsport“ der Eindruck entstanden sein mag, es gehe einseitig um deutsche Ausnahme- & Randerscheinungen – der Eindruck ist falsch: wenn die CSSR gegen die UdSSR Eishockey spielt, wird in Prag und Brünn um den Prager Frühling gekämpft; die italienischen Fans heißen „tifosi“, und mit der Objektivität des Publikums im Wembley-Stadion soll es auch nicht so weit her sein –, so ist die Welt der Schlager untrüglich international, und zwar nach Form und Inhalt. Sie bieten eine vollständige *Sozialgeographie*, und die fällt ein Urteil nach dem anderen über die Eigenarten der anderen Völker und Länder, damit sich auch jedermann eine Vorstellung davon machen kann, wie schön und anders – gemessen an der eigenen Umgebung – es überall zugeht. Hier kommt nichts als das vor, was es ist, weil der Standpunkt der guten oder schlechten Auslandserfahrung zur Hervorbringung moderner Kunstwerke eingesetzt wird. Die ganze Welt erscheint hier als *Mittel privater Wünsche* und Anliegen, jedes Land gerät zur Sphäre gewaltiger Genüsse und tragischer Erlebnisse auf dem Gebiet Wein, Weib und Gesang. Kritische Stimmen seitens intellektuell ambitionierter Beobachter und Teilnehmer der Unterhaltungsszene konnten gar nicht ausbleiben, so daß sich schließlich das Repertoire erheblich erweitern ließ. Neben rassigen Weibern, lauen Nächten, heißen Festen, ansehnlichen Landschaften, wohltuenden klimatischen Verhältnissen und Getränken aller Art, die zu den entsprechenden Rhythmen und Musikinstrumenten verzehrt werden, besteht die Welt inzwischen auch aus armen Indiojungen und reichen Bösewichtern; Herrschaft und Knechtschaft sowie Moritaten sozialen Auf- und Abstiegs haben Einzug gehalten in die leichte Muse, die sich dann „mit Anspruch“ vorträgt. Nicht einmal aber bei antiimperialistischen Klängen, Antikriegsliedern und Menschenrechtssongs scheint man zu gewahren, was nun an Stelle der

„Scheinwelt“ ausgerechnet zur *Unterhaltung* taugen soll – eher hält man den internationalen Ungerechtigkeitsschmarrn mit seiner folkloristischen Einkleidung für bewußtseinsverändernd ...

Der Film hat es sich natürlich angelegen sein lassen, die Idioten der Schlager zu ganzen Handlungen auszubauen. Alberne Romanzen spielen sich an der Copa Capana, in Florenz, Paris und in San Diego ab, an den entscheidenden Stellen fangen die Geigen und Mandolinen an, so daß der Einsatz des Schlagerstars nicht fehlgehen kann. Ernster wird deshalb auch der *Heimatfilm* genommen, weil der einen Landstrich samt dem dazugehörigen Menschenschlag mit seinen Licht- und Schattenseiten verhandelt und das Fremde noch immer mit dem Bösen identifiziert. Zur Feier nationalen Heldentums gibt es dieses Genre auch in den USA, der SU und in China, wobei der Übergang zum *Kriegsfilm* ebenfalls überall beherrscht wird. Gut und Böse sind zwischen den Lagern manchmal säuberlich verteilt, manchmal in ihnen, auf daß der unerläßlichen Typenbildung Genüge getan sei. Als persönliches Schicksal einzelner Helden zur Darstellung gebracht, wird so mancher Krieg zum Gegenstand des Entsetzens, das der Unterhaltung dient. Im *Spionage- und Kriminalfilm* verkleiden sich die Gegensätze von Imperialismus und Recht in „action“, und außer den Schauplätzen ist auch die personifizierte Moral international. Schlitzaugen, Neger und heruntergekommene Weiße kommen zu ihrem Recht als *Allegorien ihrer natürlichen Moral*, Ausnahmen bestätigen die Regel, auch bei den Indianern im *Western*, der zusammen mit den Bürgerkriegsschinken den Aufstieg der imperialistischen Macht Nr. 1, der durch Virtuosen der Gewalt zustande gekommen ist, in die Aufs und Abs freier Individuen übersetzt. Selbstverständlich haben die amerikanischen Agenturen in dieser Branche zu Recht den Ruf der Avantgarde eingeheimst, weil sie sich so intensiv an der Vermenschlichung aller imperialistischen Notwendigkeiten zu schaffen gemacht haben. Der Zufall als Konstruktionsprinzip tut da seine Wirkung, wenn alle Untaten der imperialistischen Entwicklung ihren heutigen Opfern zur Unterhaltung vorgesetzt werden, inzwischen auch als *Anti-*. Verständlich, daß die Massenkultur bei den europäischen Wertheütern wenig beliebt ist, denn *erziehen* tun ihre Werke zu nichts – sie bestätigen bestenfalls die Vorurteile und Ideale in dem Maße, wie sie sich ihre jugendlichen Genießer

zueigen gemacht haben und wiederentdecken wollen. Daß letzteres geschieht, ist sicher, und konjunkturbewußte Filme- wie Schlagermacher denken auch bei ihrem Schaffen verantwortungsbewußt an die „heute fällige“ Botschaft. Dadurch nehmen sie ihren Produktionen freilich manches an „Unterhaltungswert“, sie werden langweilig wie die *Kulturfilme*, die im Geist der renovierten imperialistischen Moral die *Natur* ganzer Erdteile als furchtbar interessanten Kulturfall unter die Leute bringen möchten. Mehr Erfolg ist da schon den Urhebern von Comics beschieden, in denen die Charaktere des modernen Welttheaters mehr oder minder gekonnt mit Strichen zur Physiognomie gestaltet werden, in Sprechblasen ihre guten und bösen Absichten mitteilen – und als Viecher, Akteure der Vergangenheit oder Zukunft Weltkrieg spielen.

#### e) Internationalisierung des höheren Blödsinns

Daß *Intellektuelle* von all dem Zeug nichts halten, ist ein Gerücht: sie sind bloß w ä h l e r i s c h und suchen ihr elitäres Gemüt durch den Genuß entweder des „kritischen“ Unsinn oder des neuesten Schreis aus dem Ausland zu bestätigen. Klar, ein japanischer Gastjodler, der sich mit seinen Kollegen aus Appenzell mißt, sagt ihnen nicht zu, denn landsmannschaftlich bornierte Sitten in Sachen Unterhaltung fallen nicht weltbürgerlich genug aus. Bei einem Film mit Humphrey Bogart fangen ihnen jedoch schon die Augen zu tropfen an, wenn sie hinterher den Regisseur wissen und sozialpsychologisch daherquatschen. Sie sind es auch, die mit Lob und Tadel ganze Wertskalen für Werke der Massenkultur erfinden, damit ihresgleichen erfährt, was „gut“ und „in“ ist, bestreiten Feuilletons und Zeitschriften und nehmen, allzeit kritisch, an Festivals teil. Bei amerikanischen Schlagern, französischen Chansons und südamerikanischer oder indischer Folklore entdecken sie immer Vorzüge, die dem einfachen Volk nicht eingehen – und wenn das Zeug dann über ihre Ansprüche vermittelt auf dem breiten Markt ist und auch von nicht kompetenten Menschen in Beschlag genommen wird, halten sie es für überholt, ergötzen sich plötzlich, heftig philosophierend, an wieder was Neuem oder auch ganz Altem. Der Unterschied „kommerziell“ und „progressiv“ liefert ebenso ein Armutszeugnis von dem armseligen Charakter der Philosophie wie die exaltierten Filmkri-



tiken, die den Produzenten einen enormen Hang zum „Wagnis“ bescheinigen. Handelt es sich gar um politisch engagierte Intellektuelle, so sind sie in der Lage, ganze Gedankengänge in Form von Comics zu offerieren – was ein Licht auf die so präsentierten Gedanken wirft.

So richtig ein Tummelplatz von Weltanschauungen für die gebildeten Stände hat die Unterhaltung aus dem Geiste des Imperialismus zu sein – dann fühlt man sich in ihr zu Hause und zelebriert den neuen Film von XY, in welchem das Böse über den Sheriff obsiegt, als wahrhafte Revolution. Ohne die zugehörige Ideologie scheint aber, nicht nur die banale Unterhaltung nicht abzugehen. Für die Sphäre „echter“ Kunst gilt das noch mehr, und die zuständigen Abteilungen der Literatur- und Kunstgeschichte an der Universität liefern die weltbürgerlichen Urteile zum Kanon, vor denen einem graust. Der Staat hat schon recht, wenn er den höheren Blödsinn subventioniert, also in die Repräsentationskosten seiner Herrschaft einreicht und dadurch die Xenophobie gebildeter Menschen auf ihre Amtsgeschäfte beschränkt. Helmut Schmidt wird schon wissen, für wen er sagt, daß ihm aus Frankreich Notre-Dame und das *savoir vivre* exportwürdig dünken, daß der ungarische Komponist Liszt europäischen Geist atmet. Ohne Dante wäre Europa nämlich auch ärmer, von Dostojewski ganz zu schweigen. Jaja, das russische Ballett, die italienische Oper, die Surrealisten und die zeitlose Modernität von Shakespeare. So genießbar manche Kunstwerke sein mögen, so ungenießbar ist der ihnen beigelegte Sinn, mit dem sich Leute mit Abitur, Doktorat und einem entsprechenden Amt in die Pose des Weltbürgers werfen. Und wenn diese Typen als „kulturelle Mittler“ agieren und die Bühne des internationalen Kulturaustausches betreten, stört höchstens beiläufig die Erinnerung daran, wozu manche Absolventen von Oxford und der Sorbonne fähig sind, sobald sie ihr Amt ausüben.

#### **f) Die geschichtliche Leistung des Christentums**

Die Bekanntschaft mit der fremden Kultur, die fingierte Vertrautheit mit den Größen und Delikatessen aller Herren Länder hat auch eine Geschichte. Während Kaufleute und Eroberer für die praktische Abhängigkeit der Völker untereinander zuständig waren, hat das *Christentum* für die *geistigen Bande* Sorge getragen. Die Mission hat das Werk der Kirche, als sie noch

weltliche Macht war, würdig fortgesetzt und den gemeinsamen Maßstab der *Werte* geschaffen. Getreu dem Lehrsatz, daß der Mensch erst einer ist, wenn er der Selbstverleugnung kundig ist, haben die Sendboten des Glaubens Generationen von Negern mit dem Herrn Jesus die Haltung der abstrakten Freiheit nahegebracht. So kriegten sie neben neuen weltlichen Herren auch noch einen anderen, als dessen Knechte sie sich *bekennen* durften. Daß der Übergang von der Naturbefangenheit zur Anerkennung rechtlicher und sittlicher Herrschaft anderer Leute nicht übermäßig harmonisch verlief, ist weiter nicht schlimm – Wenfalls nicht für gestandene Christen. Die gehen nämlich schon immer mit der Konjunktur der gerade betriebenen Politik, d.h. ihr demokratisches Herrgottswissen legt sich nur unter Umständen mit den jeweiligen Machthabern an. Seine offiziellen Träger wissen genau, wann und wie sie die imperialistische Menschenschinderei bedauern, die soziale Frage in der „Dritten Welt“ aufrollen und dem Volk die Anwendung von Gewalt ausreden müssen. Heute zeigt es der Papst aller Welt, wie funktional die Trennung der Kirche vom Staat auch im Fach internationale Politik zu handhaben geht. Da „*sein* Reich nicht von dieser Welt“ ist, hetzt er seine Glaubensbrüder im Osten gegen die „ungerechte Herrschaft“ auf, ermahnt in Südamerika angesichts der „sozialen Ungerechtigkeit“ seine Schäflein zum Frieden – und redet angesichts der allgemeinen Ungerechtigkeit der *Herrschaft überhaupt* das Wort: vor der UNO in einer Rede über „soziale Stabilität“, die jeden Soziologen beschämt. Daß er *die Menschen*, die nicht umstandslos verhungern, zu einem „einfachen Leben zugunsten der Ärmeren“ auffordert, ist zwar unverschämt, aber ein durchaus würdiger Höhepunkt seiner Teach-in-Reise. Von der Mission zur Agitation, von der Predigt zum diplomatischen Hilfswerk der Weltherrschaft – das ist doch eine Karriere für eine Ideologie, deren Urheber schon vor 2000 Jahren gemerkt hat, daß man einmal für den abstrakten Christenmenschen samt seiner Würde, das anderemal für die konkrete Bedürftigkeit Stimmung machen muß, also für Spenden wirbt.

### **g) Wissenschaft imperialistisch**

Die Ideologie, die zum Kulturimperialismus *gehört*, weil ihn alle Welt so lieb gewonnen hat, ist denkbar einfach: man soll keine Vorurteile nicht

haben, und schon gleich gar keine einfachen – denn die sind keine Lösung.

Die komplizierten Vorurteile ernähren zwei ganze Wissenschaften. Die *Geschichtswissenschaft* sucht ganz vorurteilsfrei das „wir“ nationaler Souveränität in den Ereignissen der Vergangenheit auf, verfügt also in der Frage „was bedeutet das für uns?“ – die sich auch stellvertretend im Namen wissenschaftlich bemutterter fremder Nationen stellen läßt – über ein handliches Prinzip, um dem kultivierten Staatsbürger die Gewalttaten sämtlicher Staaten bis zurück zu den ersten Pharaonen als *Sinn* zum *Genuß* darzubieten. Unter dem Eindruck einer wenig gelungenen Lektüre der „Deutschen Ideologie“ und des „Kommunistischen Manifests“ hat sich jedoch auch der hoffnungsträchtige linke Moralismus sein Plätzchen erobert. Manchmal erscheint deswegen auch das arg gebeutelte Volk als das *Subjekt* „unserer“ Geschichte – und so besehen werden aus den verheizten und geliebten „Massen“ lauter Vorkämpfer des gesellschaftlichen Fortschritts. Auch so stellt sich mit dem Stolz über das Erreichte ein bleibender Genuß imperialistischer Zustände ein!

Die *Wissenschaft von der internationalen Politik* betrachtet das imperialistische Geschehen nach den Geheimnissen des Erfolgs, der hier allein zählt. Sie untersucht alle weltpolitischen Konstellationen nach den Problemen und Perspektiven, die sie bieten, wählt als Standpunkt abwechselnd nationalistische und internationalistische Ideale, um die wirklichen oder nur in der Einbildung vorhandenen Mittel „gedanklich“ zum Einsatz zu bringen. In ihren sandkastenmäßigen Nachempfindungen nimmt sie sich der Kollisionen der realen Welt in Gestalt von Modellen an und kalkuliert eifrig an sämtlichen Eventualitäten imperialistischer Konkurrenz herum. Mit diesen Rechnereien erfüllt sie ein Bedürfnis, aber gewiß nicht eines der außenpolitischen Praxis – bestenfalls bietet sie dem interessierten Intellektuellen die Illusion, dem imperialistischen Erfolg auf die Schliche gekommen zu sein. Kein Wunder, daß sich auch der Gestus des Warnens eingeschlichen hat – vor Mißerfolgen, welche den schönen Frieden der Konkurrenz gefährden könnten: so gibt es auch Friedensforscher und Konstrukteure von Modellen alternativer Entwicklungshilfe.

